



Nr. 299 | 21.05.2024

Ukraine-Analysen

Exekutiv-legislative Beziehungen und die Zentralisierung der Macht im Krieg

ANALYSE	
Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive in Zeiten des Krieges: Die Ukraine seit Beginn der russischen Vollinvasion Irina Khmelko (Universität Tennessee, Chattanooga, USA)	2
ANALYSE	
Wie schnell werden Gesetzentwürfe von der Werchowna Rada verabschiedet? Wie kann der Prozess effizienter gestaltet werden? Dariia Kolodiazhna (Vox Ukraine)	6
KOMMENTAR	
Die Selenskyj-Mehrheit ist eine Illusion: Die Intransparenz der Rada ist eine der Ursachen der Parlamentskrise Oleksandr Salischenko (Chesno, Kyjiw)	17
<hr/>	
CHRONIK	
01. – 30. April 2024	20

Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive in Zeiten des Krieges: Die Ukraine seit Beginn der russischen Völlinvasion

Irina Khmelko (Universität Tennessee, Chattanooga, USA)

DOI: 10.31205/UA.299.01

Zusammenfassung

Die Ukraine bleibt ein unabhängiger Staat mit vielzähligen Erfolgen auf dem Schlachtfeld. Und das in einem über zweijährigen Krieg gegen einen viel größeren und stärkeren Nachbarn, in dem das Land hinsichtlich Bewaffnung und Truppenstärke massiv in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist, da es auf ausländische Hilfe angewiesen ist. Diese Analyse befasst sich mit dem veränderten Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive, das zu den wichtigen Faktoren zählt, die die Erfolge der Ukraine erklären. Es werden die Änderungen erörtert, die während der russischen Völlinvasion vorgenommen wurden, um den militärischen Bedürfnissen des Landes nachzukommen.

Einführung

Russlands Krieg gegen die Ukraine bietet eine einmalige Gelegenheit, das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive in einem Land zu analysieren, das sich im Krieg befindet. Russland hat seine Völlinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 gestartet. Der anhaltende Widerstand der Ukraine ist überraschend vor dem Hintergrund, dass Russland ein viel größeres Land als die Ukraine ist (142,3 Millionen Einwohner gegenüber 43,7 Millionen in der Ukraine, beide Angaben sind von 2021, also von vor dem Krieg). Das russische BIP betrug 2022 über 4 Billionen US-Dollar (2021 waren es 4,112 Bio. USD), während das ukrainische BIP nur bei über 500 Milliarden Dollar lag (535,8 Mia. USD im Jahr 2021). Da 2021 in beiden Ländern vier Prozent des BIP für das Militär ausgegeben wurden, liegt Russland also sowohl bei den Dollar-Ausgaben für das Militär als auch dem militärischen Personal weit vor der Ukraine. Darüber hinaus hatte die Ukraine 1994 im Gegenzug für eine Garantie ihrer territorialen Integrität und Sicherheit durch Russland, die USA und das Vereinigte Königreich ihre Atomwaffen abgegeben. Russland hingegen behielt seine Atomwaffen und übernahm von der Ukraine sogar ballistische Raketen, mit denen das Nachbarland nun bombardiert wurde.

Diese Umstände hatten viele Militärexperten zu der Prognose veranlasst, die Ukraine werde in drei Tagen an Russland fallen. Über zwei Jahre später ist die Ukraine jedoch immer noch ein unabhängiger Staat. Darüber hinaus eroberte die Ukraine die Hälfte der anfänglich russisch besetzten Gebiete wieder zurück. Sie kämpfte weiter – trotz erheblichen Mangels an Waffen und Munition, einer beträchtlichen Verzögerung bei der Bereitstellung militärischer Hilfe und signifikanten, vom Westen auferlegte Einschränkungen, was die Ukraine mit westlichen Waffen angreifen darf, und was nicht. Wie ist es da möglich, dass eine viel schwä-

chere Ukraine auf dem Schlachtfeld diese Erfolge erzielen konnte?

Diese Analyse argumentiert, dass im Krieg das wirkliche Zusammenwirken von Legislative und Exekutive zu den wichtigen Faktoren gehört, die die Erfolge der ukrainischen Widerstandsfähigkeit erklären. Es gab zwar weitere gewichtige Faktoren, etwa die internationale Unterstützung (unter anderem durch moderne westliche Waffen), die ukrainische Zivilgesellschaft etc., doch konzentriert sich diese Analyse auf die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive in der Ukraine während der Völlinvasion und den Veränderungen in diesem Verhältnis, durch die die Ukraine in die Lage versetzt wurde, den Herausforderungen mit beträchtlichem Erfolg zu begegnen. Auch wenn es Bereiche mit Verbesserungsbedarf gibt, beschäftigt sich dieser Beitrag vor allem mit dem, was funktioniert hat, und warum es funktionierte.

Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive: Präsidentielle, parlamentarische und hybride Regierungssysteme

Ein gutes Funktionieren der Beziehung zwischen Legislative und Exekutive ist zu Friedens- wie zu Kriegszeiten für jede Demokratie wichtig, dabei sind unterschiedliche Regierungssysteme anzutreffen. So funktionieren die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive in präsidientellen und hybriden Regierungssystemen (mit einer dualen Exekutive) anders als in einem parlamentarischen System. Die Ukraine hat sich für ein hybrides Regierungssystem mit einer dualen Struktur der Exekutive entschieden, sodass es sowohl einen Präsidenten und einen Ministerpräsidenten mit erheblichen Vollmachten im Bereich der Exekutive gibt. Der ukrainische Präsident nominiert den Ministerpräsidenten, der vom Parlament bestätigt werden muss. Der Ministerpräsident und sein Kabinett werden auf Vorschlag des Präsidenten bzw. des Ministerpräsidenten durch das

Parlament ernannt (Artikel 114 der ukrainischen Verfassung). Die Gewaltenteilung ist eines der wichtigsten Merkmale dieses Systems.

Die Legislative und die Exekutive, verfügt gegenüber der anderen Gewalt über unabhängige Vollmachten und Zuständigkeiten. Es besteht ein System der *Checks and Balances*, um zu verhindern, dass eine der Gewalten zu mächtig wird. So stellen die Kontrollbefugnisse der Legislative über die Exekutive das Funktionieren der Demokratie sicher, indem die Vollmachten der Exekutive beschränkt werden. Darüber hinaus gewährleistet der Präsident die Unabhängigkeit des Staates, die nationale Sicherheit und die Rechtsnachfolge des Staates, wobei er als Oberkommandierender der Streitkräfte fungiert (Artikel 106 der ukrainischen Verfassung).

Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive in Kriegszeiten

Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive ist schon in gewöhnlichen Zeiten kompliziert. Ein Krieg bedeutet hier zusätzliche erhebliche Herausforderungen. Eine Nation, die von einem äußeren Feind angegriffen wird, scharft sich für gewöhnlich um ihren Präsidenten, der dann mit erweiterten Machtbefugnissen ausgestattet wird, um schnell handeln und auf die Herausforderungen des Krieges reagieren zu können.

Darüber hinaus herrscht in dem angegriffenen Land für gewöhnlich Kriegsrecht. Das Kriegsrecht bringt zum Teil eine vorübergehende Ersetzung der Zivilverwaltung durch eine militärische mit sich. Militärische Befehlshaber:innen haben gewöhnlicherweise uneingeschränkte Befehlsgewalt, um Gesetze zu erlassen und durchzusetzen, was die Vollmachten der Zivilbehörden beträchtlich einschränkt. Die zentrale Herausforderung unter diesen Umständen für jedes Land ist es, ein demokratisches, rechtsstaatliches System aufrechtzuerhalten.

Die gesetzgebenden Organe sind Teil der Zivilregierung, haben aber die Macht, Gesetze zu erlassen, die potenziell die Vollmachten des Militärs beschränken. Das ist die größte Herausforderung für das Funktionieren der Demokratie und das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive in Kriegszeiten. So könnte sich die Aufsicht der Legislative über die Exekutive, die für eine Demokratie stets unabdingbar ist, schwieriger gestalten, wenn der Präsident an der Spitze der Landesverteidigung gegen einen äußeren Feind steht. Im Krieg fallen viele Angelegenheiten in den Bereich der nationalen Sicherheit. Befinden sich diese in der Zuständigkeit der Militärbehörden, so haben die Zivilbehörden keinen Zugang zu den betreffenden Akten.

Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive während des Krieges in der Ukraine

Präsident Selenskyj übernahm aktiv und verfassungsgemäß die Rolle des Oberbefehlshabers der Ukraine. Er

leitet die ukrainischen Streitkräfte und beaufsichtigt die Lage der Armee hinsichtlich der Ausrüstung, der Waffen und anderer Ressourcen. Die Ministerien, auch das Verteidigungsministerium, erstatten dem Präsidenten Bericht. Gleichzeitig übernahm auch die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, während des Krieges eine wichtige Rolle (siehe: Khmelko, 2022). Eine der Rollen bestand darin, Gesetze zu verabschieden, die gewährleisten, dass der Staat zu Kriegszeiten und unter Kriegsrecht als rechtsstaatliches System funktioniert.

Die Rolle der Werchowna Rada im Krieg ist in vielen Publikationen eingehender erörtert worden (siehe: Khmelko, 2022; Venger et al., 2023). Dort wird diskutiert, wie das Parlament weiterhin seine verfassungsmäßigen Vollmachten wahrnahm, selbst unter den Bedingungen der russischen Vollinvasion. Das war für den erfolgreichen Umgang mit der zunehmenden politischen Polarisierung und der Wahrung des demokratischen rechtsstaatlichen Systems in der Ukraine von entscheidender Bedeutung.

Einschlägige Publikationen behandeln die Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Arbeit des Parlaments und zeigen auf, dass die Werchowna Rada in den ersten beiden Jahren der Invasion im Großen und Ganzen erfolgreich Probleme anging, die sich aus der militärischen Vollinvasion und der russischen Propaganda ergaben. Im dritten Jahr allerdings war die Rada weniger effektiv. Sie hatte Schwierigkeiten, dringend notwendige Gesetze zu verabschieden. Gleichzeitig wurden einige Gesetzesentwürfe scharf kritisiert. Beispielsweise lief die Verabschiedung des Mobilmachungsgesetzes alles andere als glatt. Die zunehmende Macht der Präsidialkanzlei bei der Gestaltung der Politik (»exekutive Zentralisierung«) und die Probleme Selenskyjs, in der Rada Mehrheiten zu schmieden, könnten zusammen mit der gesunkenen Motivation der ukrainischen Gesetzgeber:innen dafür verantwortlich sein, dass die Legislative in ihrer Effektivität nachließ.

Insgesamt ist keine der Gewalten allein in der Lage, die ukrainischen Kriegsanstrengungen erfolgreich zu gestalten. Die »Treffer und Fehlschüsse« der ukrainischen Kriegspolitik können nicht nur einer einzelnen Person oder nur einer der Gewalten zugeschrieben werden. Es brauchte zwei Gewalten, die zusammenarbeiten, um die Ukraine während des Krieges als Demokratie zu bewahren.

Die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive in der Ukraine sind in der Vergangenheit häufig konfliktreich gewesen. Es gab seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 mehrere Wechsel zwischen einem präsidentiell-parlamentarischen und einem parlamentarisch-präsidentiellen System (siehe Bonnal and Khmelko, 2023; Khmelko et al., 2020; Khmelko and Bruslyk, 2019). Das präsidentiell-parlamentarische Sys-

tem gibt dem Präsidenten mehr Macht, im parlamentarisch-präsidentiellen System hat das Parlament mehr Kompetenzen. So haben zum Beispiel die Verfassungsreformen von 1996 und 2010 die Vollmachten des Präsidenten ausgebaut. Die Reformen von 2004 und 2014 hingegen haben die Befugnisse der Werchowna Rada gestärkt.

Die russische Völlinvasion brachte zusätzliche Herausforderungen für das ukrainische Regierungssystem mit sich. Eine Vielzahl von Interessen mussten ausgeglichen werden, etwa bei der Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, der Sicherstellung der Effektivität der Verwaltungsstrukturen des Staates und die Beibehaltung der wichtigsten Prozedere der ukrainischen Verfassungsordnung. Effektive Regierungsführung und die demokratische, auf Ausgleich ausgelegte Interessensvertretung können schon zu Friedenszeiten oft in Konflikt geraten. Der Krieg hebt diese Schwierigkeiten auf eine ganz neue Ebene: Debatten, die für demokratisches Regieren unerlässlich sind, erfordern Zeit, die einem der Feind aber nicht zugesteht. Eine der wichtigsten legislativen Handlungen der Rada war es, den Präsidialerlass zu bestätigen, mit dem das Kriegsrecht eingeführt wurde (gemäß Artikel 85 Abs. 10 der ukrainischen Verfassung). Präsident Selenskyj unterzeichnete am 24. Februar 2024, als die Völlinvasion begann, den Erlass über den Kriegszustand. Am selben Tag versammelte sich die Werchowna Rada zu einer historischen Sitzung. Die Parlamentarier:innen kamen persönlich im Parlamentsgebäude zusammen, das sich in Reichweite der russischen Raketen befand. Die Sitzung dauerte nur neun Minuten; es war die kürzeste Parlamentssitzung aller Zeiten. In diesen neun Minuten billigte das Parlament die Erlasse des Präsidenten, die den Kriegszustand erklärten und eine landesweite Einberufung in Gang setzten.

Das Fehlen eines speziellen rechtlichen Rahmens für die Gesetzgebung im Kriegszustand bedeutete eine große Herausforderung für das System. Neue rechtliche Rahmenbedingungen zu entwickeln, erfordert Zeit. Krieg verlangt jedoch schnelle Entscheidungen und einen »beschleunigten« Gesetzgebungsprozess, insbesondere bei Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung. Das Parlament musste dem Präsidenten und der Exekutive die notwendigen, verfassungstechnisch korrekten, Instrumente an die Hand geben, um den Krieg zu führen. Die Werchowna Rada nutzte die bestehenden Mechanismen, die in Gesetzen, Vorschriften und der Geschäftsordnung der Rada niedergelegt sind, um weitere Bestimmungen auszuarbeiten, die eine Beschleunigung der Gesetzgebung ermöglichen würde, etwa ad hoc-Beschlüsse und verkürzte Verfahren für Gesetzeslesungen. Dieser Prozess wurde von ukrainischen Regierungsvertretern, den Medien und der Bevölkerung diskutiert, wobei auf Praktiken einer Abweichung von den

etablierten Gesetzgebungsverfahren zu Friedenszeiten verwiesen wurde, wonach es in den ersten sechs Monaten der Völlinvasion zu Verfahrensverstößen gekommen sein könnte. Die Werchowna Rada unternahm in den ersten sechs Monaten einen Balanceakt, bei dem sie an speziellen Gesetzgebungsverfahren im Kriegszustand arbeitete. Dabei wurde versucht, den Imperativ der Zweckmäßigkeit mit Maßnahmen zur Verhütung von Machtmissbrauch und der Gewährleistung von Rechtstaatlichkeit in Einklang zu bringen.

Nach den ersten sechs Kriegsmontaten begann die Werchowna Rada, ihre legislativen Kontrollvollmachten wirkungsvoller wahrzunehmen, da sie in der Lage war, Gesetze zu verabschieden, die Bestimmungen des Kriegszustands und deren Umsetzung im Land klarstellten. Dies erforderte ein reibungsloses Funktionieren der Plenarsitzungen, der Arbeit in den Ausschüssen und zeitweilige Kommissionen angesichts der permanenten Bedrohung durch Raketenangriffe. Die Orte der Sitzungen wurden aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht. In der ganzen Ukraine heulten die Sirenen und warnen die Gesetzgeber:innen vor eintreffenden Drohnen und Raketen. Die Bewegungsfreiheit von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern war merklich eingeschränkt.

Die Terminierung der Plenarsitzungen, die Ausschussarbeit und die Treffen mit Regierungsvertreter:innen sind ein weiteres Problem. Die Werchowna Rada diskutierte, ob Zoom oder andere Wege der Online-Kommunikation für Abstimmungen oder Debatten genutzt werden sollten. Die Debatten über das Format der parlamentarischen Arbeit hatten bereits während der Corona-Pandemie eingesetzt. Es wurde der Gesetzentwurf Nr. 3250 eingereicht, der Online-Formate regeln sollte. Die Werchowna Rada konnte keinen Konsens erreichen, weil die Gesetzgeber:innen viele Zweifel hatten, etwa hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit, des Abstimmungsverfahrens (wie die Stimmen zu authentifizieren sind) und wegen Sicherheitsbedenken. Darüber hinaus beschäftigte die Parlamentarier:innen die Frage, dass sie bequem von zuhause arbeiten können, während andere sich persönlich am Arbeitsplatz einfinden sollten. Also war es auch eine Frage der moralischen Pflicht. Hier ist zu erwähnen, dass ein Teil der Ausschussarbeit in beschränktem Maße in das Online-Format verlegt wurde.

Weitere Fragen zum Verhältnis von Legislative und Exekutive jenseits des militärischen Bereichs

Die obenstehenden Abschnitte des Beitrags konzentrieren sich auf militärische Fragen in den Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive. Dieses Verhältnis musste allerdings auch andere Bereiche berücksichtigen, die über den militärischen hinausgehen. Dabei sind

einige Mängel zu Tage getreten. So funktionierte die Werchowna Rada zwar 2022 und einen Teil des Jahres 2023 gut und war produktiv, aktuell verabschiedet die Rada jedoch nur sehr wenig grundlegende Gesetze. Hierfür könnte es möglicherweise folgende Gründe geben: beträchtliche Spaltungen innerhalb des Parlaments, eine Gewichtsverschiebung in den Beziehungen weg von der Legislative hin zur Exekutive, unsichere Perspektiven der Unterstützung aus dem Ausland und eine schlichte Mischung aus viel unsauberer Politik und Korruption. Die Korruption im ukrainischen Staatswesen ist gut erforscht (siehe z. B.: Khmelko and Bonnal, 2020). Ein Krieg eröffnet allerdings für korrupte Praktiken neue Möglichkeiten. Angesichts des Tempos der kriegsbedingten Veränderungen sollte die Forschung diesem Problem erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Darüber hinaus wird der Krieg nicht nur im militärischen Bereich ausgetragen. Russland hat einen unerbittlichen Propagandakrieg gegen die Ukraine entfesselt. Sowohl die Legislative wie auch die Exekutive waren von zentraler Bedeutung, um der russischen Propaganda entgegenzuwirken, die versuchte, die ausländische Hilfe für die Ukraine zu beeinträchtigen. Beispielsweise verwiesen die ukrainischen Geheimdienste auf die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat), welche die Russ:innen in ihrem Krieg gegen die Ukraine unterstütze. Die russische Propaganda stellte dies als ukrainischen Angriff auf die Religionsfreiheit dar. Dies wurde über soziale Medien verbreitet, um Christ:innen im Westen zu beeinflussen, damit diese von ihren Abgeordneten eine Verringerung der Hilfen an die Ukraine fordern.

Zuletzt muss angemerkt werden, welche Rolle die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive bei der Formierung der ukrainischen Identität spielen. Die Ukraine befand sich jahrhundertlang unter russischer Herrschaft, und doch ist sie ein Land, das sich von Russland kulturell und politisch stark unterscheidet. Die

russische Völlinvasion hat die Debatte über die nationale Identität der Ukraine in den Vordergrund gerückt. Themen aus den Bereichen Sprache, Kultur und nationale Identität waren somit auch Gegenstand der exekutiv-legislativen Beziehungen.

Schlussfolgerungen

Diese Analyse konzentrierte sich auf die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive in der Ukraine, vor allem nach Beginn der russischen Völlinvasion am 24. Februar 2024. Beide Gewalten mussten einen Balanceakt ausführen, um Entscheidungen schnell zu treffen und dabei prozedural korrekt vorzugehen, damit die Grundsätze einer verfassten Demokratie aufrechterhalten und gleichzeitig den Erfordernissen der Kriegsführung entsprochen werden konnte.

Das System der Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive musste modifiziert werden, um dieses Gleichgewicht beizubehalten. Die Werchowna Rada musste Gesetze verabschieden, die den Präsidenten und die Exekutive befähigen, Krieg zu führen. Der Präsident erließ ebenfalls einige Dekrete. Die Veränderungen im Verhältnis von Legislative und Exekutive führten dazu, dass der Präsident mehr Vollmachten erhielt. Die Rada hat es vermocht, ihre institutionelle Unabhängigkeit und beträchtliche Vollmachten zu bewahren. Sie wurde aber bei der Gesetzgebung im dritten Kriegsjahr weniger effektiv. Zukünftige Forschung sollte sich weiter mit der Rolle befassen, die das Verhältnis von Legislative und Exekutive für die Ausbalancierung der folgenden konkurrierenden Aufgaben spielt: die Bewältigung der militärischen Erfordernisse der Ukraine angesichts der weiter bestehenden Abhängigkeit von ausländischer Hilfe, die Bekämpfung der Korruption und der russischen Propaganda und die Formierung der ukrainischen nationalen Identität.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. Irina Khmelko ist U.C. Foundation-Professorin an der Universität Tennessee, Chattanooga (UTC), USA. Sie ist auch als Vorsitzende führender Wissenschaftsorganisationen tätig, die sich mit Studien zu Gesetzgebung befassen, etwa dem Research Committee of Legislative Specialists (RC 08) der International Political Science Association (IPSA). Dr. Khmelko arbeitet mit Politiker:innen und ist als assoziierte Forscherin, per Auftrag und auf Einladung Gastrednerin für Entwicklungs- und internationale Organisationen in den USA und anderen Teilen der Welt tätig gewesen, unter anderem für die U.S. Agency for International Development (USAID) und die Weltbank. Sie ist auch als Projektkoordinatorin am Center for Strategic and International Studies, das von Dr. Zbigniew Brzezinski, dem 10. Nationalen Sicherheitsberater der USA, geleitet wurde (Washington DC, USA). Dr. Khmelko arbeitet in sieben Sprachen und veröffentlichte in mehreren Ländern. Sie wird regelmäßig zu Fachkonferenzen in den USA und im Ausland eingeladen. Ihre Forschungsinteressen gelten der Gesetzgebungsforschung mit Schwerpunkt auf postautoritäre Gesellschaften, wobei sie sich regional auf Osteuropa und postsowjetischen Staaten konzentriert.

Bibliografie

- Michaël Bonnal and Irina Khmelko, "Legislatures And Reforms: A Two-Decade Experience with the Ukrainian Legislature", *The Journal of Public Integrity*, January 2023.

- Khmelko, Irina, 2022, The United Parliament: The Verkhovna Rada in Times of War, VerfBlog, 2022/5/10, <https://verfassungsblog.de/the-united-parliament/>. May 10, 2022.
- Irina Khmelko, Oleksii Bruslyk, Edward Rakhimkulov. “The Rise of Powerful Executives: Comparing the Ukrainian and Russian Legislatures”, in I. Khmelko, F. Stapenhurst, and M. Mezey. *Legislative Decline in the 21st Century: A Comparative Perspective*. Routledge, 2020.
- Irina Khmelko and Michael Bonnal, “Corruption and Legislatures: Exploring Perceptions of Ukrainian Legislators,” *Public Integrity*. April 2020.
- Irina Khmelko and Oleksii Bruslyk, “The Rise of Powerful Executives: Comparing the Ukrainian and Russian Legislatures,” in *Decline in Legislative Powers and Rise of Authoritarianism*. Special issue of *P.S.: Political Science & Politics*, 52 (2), (April) 2019.
- Venger, Volodymyr, Maksym Bondar, Bodana Doroshenko, Julia Kyrychenko, Stanislav Ivasyk, 2023. Parliament Under Conditions of War: Ukraine’s example. An Empirical Report. USAID: <https://pravo.org.ua/en/books/parliament-under-conditions-of-war-ukraine-s-example-an-empirical-report/>

ANALYSE

Wie schnell werden Gesetzentwürfe von der Werchowna Rada verabschiedet? Wie kann der Prozess effizienter gestaltet werden?

Dariia Kolodiazhna (Vox Ukraine)

DOI: 10.31205/UA.299.02

Zusammenfassung

Wie viele Gesetzentwürfe hat die Werchowna Rada der IX. Legislaturperiode bereits debattiert und verabschiedet? In welchen Phasen der parlamentarischen Arbeit bleiben die Gesetzentwürfe am häufigsten »stecken«? Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis ein Gesetzentwurf das Parlament durchläuft, und welche Gesetzentwürfe passieren das Parlament am schnellsten? Anhand der Daten, die die Rada auf ihrer Webseite bereitstellt, werden diese und andere Fragen beantwortet und mit der vorherigen Legislaturperiode verglichen.

Die Phasen der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs

Bis zur Verabschiedung durchläuft ein Gesetzentwurf einen langwierigen Prozess. Die vier wichtigsten Phasen dieses Prozesses sind die Registrierung, die Prüfung durch den zuständigen Ausschuss, die Lesung im Parlament (und die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden der Werchowna Rada im Falle der Annahme) und schließlich die Unterzeichnung durch den Präsidenten der Ukraine. Einige dieser Phasen sind zeitlich klar geregelt, andere hingegen nicht, so dass es recht schwierig ist, die Geschwindigkeit der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs vorherzusagen.

Nach der Geschäftsordnung der Werchowna Rada dauert die Registrierung eines Gesetzentwurfs bis zu 5 Tage und die Prüfung im Hauptausschuss bis zu 30 Tage. In dieser Phase kann der Gesetzentwurf zur weiteren Überarbeitung zurückgegeben oder für die erste Lesung vorbereitet werden, was weitere 30 Tage in Anspruch nehmen kann. Die nächste Phase – die Aufnahme in die

Tagesordnung – kann ebenfalls bis zu einem Monat dauern. Von diesem Zeitpunkt dürfen bis zur ersten Lesung im Parlament bis zu 30 Tage vergehen.

Nach der Geschäftsordnung kann ein Gesetzentwurf bis zu drei Lesungen durchlaufen:

1. In der **ersten** Lesung werden die Grundprinzipien, die Bestimmungen und die Struktur des Gesetzentwurfs erörtert. Das Ergebnis der ersten Lesung kann die grundsätzliche Annahme des Gesetzentwurfs sein. Wenn der zuständige Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf als Ganzes anzunehmen, ist eine endgültige Verabschiedung in diesem Stadium möglich. Dies geschieht jedoch recht selten.
2. In der **zweiten** Lesung wird der Gesetzentwurf Absatz für Absatz debattiert. Zwischen der ersten und der zweiten Lesung können die Abgeordneten Änderungsanträge einreichen, die systematisiert und vom zuständigen Ausschuss zur Annahme oder Ablehnung empfohlen werden. Ist die/der Antragsteller:in jedoch mit der Schlussfolgerung des Aus-

schusses nicht einverstanden, wird im Plenum über die Änderungsanträge abgestimmt. In der Regel wird der Gesetzentwurf in dieser Phase in zweiter Lesung und als Ganzes angenommen (oder abgelehnt).

3. In der **dritten** Lesung wird der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit angenommen (zwischen der zweiten und der dritten Lesung sind nur kleinere technische Korrekturen möglich). In der Praxis wurde dieses Verfahren während der letzten drei Legislaturperioden nur einmal im Jahr 2015 durchgeführt, was dazu führte, dass Petro Poroschenko sein Veto gegen einen Gesetzentwurf einlegte und dieser anschließend aufgehoben wurde. Daher existiert diese Phase heute nur noch auf dem Papier. Derzeit werden Gesetzentwürfe nach der zweiten Lesung oder nach einer wiederholten zweiten Lesung, die dann im Grunde die dritte Lesung ersetzt, als Ganzes angenommen.

Laut Geschäftsordnung sollten zwischen der ersten und der zweiten Lesung nicht mehr als 14 Tage und zwischen der zweiten und der dritten Lesung nicht mehr als fünf Tage liegen (in der Praxis werden diese Fristen jedoch häufig nicht eingehalten – siehe Grafiken 1 und 2 auf S. 10/11). Laut Geschäftsordnung kann die Werchowna Rada auch (höchstens zweimal) beschließen, die erste und zweite Lesung von Gesetzentwürfen zu wiederholen.

Die Werchowna Rada kann einen Gesetzentwurf (mit Ausnahme von Gesetzbüchern und Gesetzentwürfen, die mehr als 100 Artikel enthalten) unmittelbar nach der ersten oder zweiten Lesung als Ganzes annehmen, wenn die Abgeordneten der Meinung sind, dass der Gesetzentwurf keiner weiteren Anpassungen bedarf. Wenn die Abgeordneten jedoch Einwände gegen den Gesetzentwurf haben, können sie ihn bei jeder Lesung zur Überarbeitung an den zuständigen Ausschuss zurückschicken.

Wenn die Volksvertreter:innen einen Gesetzentwurf als Ganzes annehmen, beginnt die letzte Phase der Verabschiedung, für die klar geregelte Fristen gelten:

1. **Fünf Tage** sind für die Unterzeichnung des Gesetzentwurfs durch die/den Parlamentsvorsitzenden und für die Übermittlung der erforderlichen Dokumente zur Unterzeichnung durch die/den Präsident:in vorgesehen.
2. Innerhalb von **15 Tagen** muss die/der Präsident:in eine von zwei Entscheidungen treffen: Sie/Er kann den Gesetzentwurf unterzeichnen oder ihn mit seinen Vorschlägen zur erneuten Prüfung an das Parlament zurücksenden (Veto). Trifft die/der Präsident:in keine Entscheidung, gilt der Gesetzentwurf als angenommen und muss unterzeichnet werden. In der Praxis geschieht dies jedoch häufig nicht, so dass der Gesetzentwurf über einen längeren Zeitraum in einem Schwebzustand bleibt.
3. Die Abgeordneten können die Vorschläge der/des Präsident:in mit einer absoluten Mehrheit von 226

Stimmen annehmen (dann beginnt der Prozess wieder bei Punkt 1), oder sie können dafür stimmen, das Veto zu überstimmen. Dazu sind mindestens zwei Drittel der Stimmen aus der verfassungsmäßigen Zusammensetzung der Werchowna Rada (300 Stimmen) erforderlich. Die/der Präsident:in ist verpflichtet, ein solches Gesetz innerhalb von zehn Tagen zu unterzeichnen.

Im Idealfall dauert die Verabschiedung eines in erster Lesung angenommenen Gesetzentwurfs also **126 Tage** ab dem Zeitpunkt der Registrierung, **140 Tage** für einen in zweiter Lesung angenommenen und **145 Tage** für einen in dritter Lesung angenommenen. Diese Berechnungen gelten nur unter der Voraussetzung, dass die Abstimmung im Parlament unmittelbar nach der Entscheidung über die Aufnahme des Gesetzentwurfs in die Tagesordnung stattfindet. In der Realität sind die Fristen für die Prüfung jedoch nicht streng geregelt, sondern werden vom Vermittlungsrat der Rada festgelegt. Ein eingebrachter Gesetzentwurf kann monatelang auf seine Lesung in der Werchowna Rada warten. Verzögerungen sind auch in anderen Phasen möglich (siehe Grafik 2 auf S. 11). Doch wie lange können diese Aufschübe dauern?

Zur Beantwortung dieser Frage werden Daten zu Gesetzentwürfen herangezogen, die das Parlament entweder abgelehnt oder angenommen hat. Bei einigen Etappen ist die durchschnittliche Zeit nur annäherungsweise angegeben, da sich der Status des Gesetzentwurfs in seinem Datenbankprofil auf beide Lesungen gleichzeitig beziehen kann (z. B. kann der Status »Zur Überarbeitung zurückgegeben« bedeuten, dass der Gesetzentwurf entweder für eine erneute erste oder aber zweite Lesung an den Ausschuss zurückgegeben wird). Der Einfachheit halber habe ich derartige Angaben den Phasen zugeordnet, in denen sie am häufigsten vorkommen. Außerdem sind in Grafik 2 auf S. 11 die erste und die wiederholte erste Lesung sowie die zweite und die wiederholte zweite Lesung zusammengefasst.

Häufigkeit der Registrierung von Gesetzentwürfen

Um die IX. Legislaturperiode der Werchowna Rada zu analysieren, habe ich Daten vom 29. August 2019 bis zum 18. Februar 2024 ausgewertet. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 11.142 Rechtsakte registriert, darunter 6.800 Gesetzesentwürfe (61 Prozent) und 4.295 Beschlüsse (38,5 Prozent). In dieser Analyse berücksichtigen wir aber nur Gesetzentwürfe.

Zum Vergleich: Während der gesamten VIII. Legislaturperiode (26. Oktober 2014 bis 29. August 2019) wurden 7.704 Gesetzentwürfe und 5.924 Beschlüsse registriert, eine Rekordzahl seit dem Bestehen der unabhängigen Ukraine. Die aktuelle Versammlung des Parla-

ments tagt bereits seit 4,5 Jahren. Wenn das Tempo der Gesetzesvorlagen gleichbleibt, sollten in 5 Jahren etwa 7.500 Gesetzesvorlagen zusammenkommen. Natürlich geht es nicht in erster Linie um die Quantität der Gesetzentwürfe, sondern um ihre Qualität. Dennoch werde ich einige quantitative Indikatoren näher betrachten.

Ich vergleiche die Häufigkeit der Registrierungen von Gesetzentwürfen in der derzeitigen und in früheren Legislaturperioden, indem ich die Daten quartalsweise gruppiere. Ich betrachte einen vergleichbaren Zeitraum für die VIII. Legislaturperiode, der sich über 4,5 Jahre erstreckt (vom Beginn der Legislaturperiode bis zum 27. Mai 2019), in dem 7.500 Gesetzesentwürfe registriert wurden.

Aus Grafik 3 auf S. 11 ist ersichtlich, dass die Gesetzgebungstätigkeit beider Legislaturperioden im Laufe der Zeit abgenommen hat. Im ersten Quartal wurden ungewöhnlich viele Gesetzentwürfe registriert, was auf die erneute Einbringung von Gesetzentwürfen aus früheren Legislaturperioden zurückzuführen ist, die üblicherweise zu Beginn der Amtszeit der neuen Werchowna Rada erfolgt. In den ersten drei Monaten wurden in den IX. und VIII. Legislaturperioden 713 bzw. 882 Initiativen verzeichnet. Insbesondere die VIII. Legislaturperiode verzeichnete über neun Monate lang eine hohe Gesetzgebungsaktivität: In den ersten beiden Sitzungsperioden wurden mehr als 2.300 Gesetzentwürfe eingebracht, im Durchschnitt mehr als 140 pro Monat. Im Gegensatz dazu wurden in der IX. Legislaturperiode während des gleichen Zeitraums nur 1.662 Entwürfe registriert, durchschnittlich 125 pro Monat. Unmittelbar nach den ersten beiden Monaten kam es zu einer Verlangsamung der Tätigkeit. Die Zahl der Gesetzesentwürfe ging in der ersten Jahreshälfte für beide Legislaturperioden stark zurück und nahm danach stetig ab.

Im Winter und Frühjahr 2022 sowie im August–September 2023 stieg die Zahl der eingereichten Gesetzesinitiativen jedoch deutlich an. In diesen Zeiträumen brachten die Abgeordneten viele Gesetzentwürfe ein, die das Kriegsrecht betrafen. Im Sommer 2023 intensivierte sich der Prozess der europäischen Integration, der durch die Einbringung von reformorientierten Entwürfen gekennzeichnet war. Beispiele hierfür sind der Gesetzentwurf Nr. 9610, der sich mit der Umsetzung der Rechte und Freiheiten nationaler Minderheiten befasst, und der Gesetzentwurf Nr. 9024-d, der sich mit den Mindestölréserven zur Verbesserung der Energiesicherheit der Ukraine befasst. Im November desselben Jahres erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dass die Ukraine mehr als 90 Prozent ihrer Verpflichtungen für die Aufnahme von Verhandlungen über den EU-Beitritt erfüllt habe. Am 14. Dezember 2023 begannen die Verhandlungen.

In der IX. Legislaturperiode wurden 1.271 Gesetze verabschiedet und unterzeichnet, was weniger als ein

Fünftel (18,7 Prozent) der Gesamtzahl der eingebrachten Gesetzentwürfe ausmacht. Dieser Prozentsatz ist jedoch höher als in den letzten Legislaturperioden (siehe Grafik 4 auf S. 12). Die Zahl der abgelehnten Gesetzentwürfe ist fast doppelt so hoch (2.421), wobei die meisten Gesetzentwürfe ohne endgültige Entscheidung »im Schwebezustand« verbleiben. Dennoch ist ihr Anteil geringer als in der letzten Legislaturperiode.

Daher kann der Gesetzgebungsprozess der derzeitigen Rada-Legislaturperiode als Erfolg angesehen werden. Allerdings hat zum Beispiel das polnische Parlament von 2021 bis 2023 63,2 Prozent der eingebrachten Gesetzentwürfe (insgesamt 519) angenommen, während das Vereinigte Königreich 77,2 Prozent (118) verabschiedete. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass die Gesetzentwürfe in anderen Ländern von höherer Qualität sind und weniger »legislativer Spam« produziert wird.

Welche Gesetzentwürfe werden von der Rada am schnellsten verabschiedet?

Alle Gesetzentwürfe werden in der Registrierungsphase in acht thematische Kategorien eingeteilt: Sicherheit und Verteidigung, Industriepolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Maßnahmen, Staatsverwaltung und internationale Verträge. Die Hauptabteilung für parlamentarische Dokumentation der Werchowna Rada bestimmt die Kategorie des Gesetzesvorschlags auf der Grundlage seines Inhalts und gibt ihn in die Datenbank ein. Die Verteilung der angenommenen Gesetzentwürfe nach Kategorien ist in Grafik 5 auf S. 12 dargestellt. Die meisten Vorschläge betreffen die Wirtschaftspolitik und die Industriepolitik (26 und 23 Prozent der verabschiedeten Gesetzentwürfe).

Grafik 6 auf S. 13 visualisiert die Dauer des Gesetzgebungsprozesses von Gesetzentwürfen verschiedener Kategorien. Natürlich wurden Gesetze im Bereich Sicherheit und Verteidigung am schnellsten verabschiedet, wobei die Dauer von der Einbringung des Gesetzentwurfs bis zur Unterzeichnung durch den Präsidenten 110 (im Durchschnitt) bzw. 56 Tage (im Median) betrug.

Am längsten dauerte die Verabschiedung von Gesetzentwürfen im Bereich der Industriepolitik und der Sozialpolitik (durchschnittlich 248 bzw. 247 Tage). Gesetzesänderungen in der Sozialpolitik werden insgesamt am langsamsten verabschiedet: Der Medianwert liegt für diese Kategorie bei 226 Tagen, für die Industriepolitik bei 185 Tagen.

Bei Gesetzesentwürfen in der Kategorie Rechtsstaatlichkeit ist die durchschnittliche Zeit für die Verabschiedung fast doppelt so lang wie der Medianwert. Das lässt sich leicht erklären: Diese Kategorie umfasst mehrere Gesetzesentwürfe, die den Rekord für die langsamste Verabschiedung im Parlament halten. Dazu gehören insbesondere Gesetzesvorschläge, die den Schutz von

Arbeitsmigrant:innen vor Betrug und die strafrechtliche Verfolgung von Schmuggel betreffen.

Wer bringt Gesetzentwürfe am schnellsten durchs Parlament?

Im Folgenden betrachte ich die Geschwindigkeit, mit der Gesetzesentwürfe verabschiedet werden sowie den Anteil der angenommenen Gesetzesvorschläge in Abhängigkeit davon, wer den Entwurf ins Parlament eingebracht hat. Die Gesamtzahl der Initiator:innen beträgt 260: die Rada-Abgeordneten, die Regierung und der Präsident.

Die Abgeordneten können einen Gesetzentwurf einzeln oder als Gruppe einreichen (siehe Grafik 7 auf S. 14). Von den 6.800 Entwürfen, die während der IX. Legislaturperiode registriert wurden, wurden 1.645 (24 Prozent) von einzelnen Abgeordneten eingebracht, die Regierung brachte 899 Gesetzesentwürfe (13 Prozent) ein, und der Präsident 260 (4 Prozent).

Von den von der Regierung initiierten Gesetzesvorschlägen gingen 761 mit der Unterschrift des amtierenden Ministerpräsidenten beim Parlament ein. Im Durchschnitt legte er alle 1,6 Arbeitstage einen Gesetzentwurf vor. Die Vorgängerregierung unter Oleksij Hontscharuk legte dem Parlament 115 Gesetzentwürfe vor, also im Durchschnitt einen pro 1,1 Arbeitstage. Seine »Gesetzgebungsgeschwindigkeit« war also etwas höher. Das Parlament der IX. Legislaturperiode »erbte« auch 19 Gesetzentwürfe der Vorgängerregierungen von Wolodymyr Hrojsman und von Arsenij Jazenjuk. Die Geschwindigkeit, mit der Gesetzentwürfe unter der Regierung von Oleksij Hontscharuk geprüft wurden, war ebenfalls höher und betrug durchschnittlich 64 Tage im Vergleich zu 212 Tagen unter der Regierung von Denys Schmyhal. In der Amtszeit der Hontscharuk-Regierung nahm jedoch das neugewählte Parlament seine Arbeit auf, die durch einen »Turbomodus« und einen etwas größeren Enthusiasmus der Abgeordneten gekennzeichnet war.

Die von Präsident Wolodymyr Selenskyj eingebrachten Gesetzentwürfe wurden vom Parlament ebenfalls relativ schnell bearbeitet, durchschnittlich innerhalb von 123 Tagen. Außerdem wurden 78 Prozent der von ihm eingebrachten Gesetzentwürfe angenommen. Diese Werte sind mit denen des vorherigen Präsidenten Petro Poroschenko vergleichbar, dessen Gesetzesinitiativen in 76 Prozent vom Parlament verabschiedet wurden.

Der Anteil der angenommenen Gesetzentwürfe der Regierung ist deutlich geringer und reicht von 21 Prozent während der Amtszeit von Oleksij Hontscharuk bis zu 42 Prozent der Gesetzentwürfe, die von der Regierung Wolodymyr Hrojsman geerbt worden waren. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Ablehnung dieser Entwürfe tendenziell schneller erfolgte als ihre Annahme. Für die derzeitige Regierung und Präsident ist der Trend

umgekehrt. Anzunehmen ist, dass die Ablehnung einfach auf unbestimmte Zeit verschoben wird (s. Grafik 9 auf S. 14).

Der geringste Prozentsatz der angenommenen Gesetzesinitiativen entfällt auf ehemalige Mitglieder der Oppositionsfraktion »Plattform für das Leben« (OPSSch), die die parlamentarische Gruppe »Plattform für das Leben und den Frieden« gebildet haben, sowie auf Mitglieder der Allukrainischen Union »Vaterland« (»Batkiwtschtschyna«). Die meisten ihrer eingebrachten Gesetzentwürfe werden abgelehnt oder nicht vom Präsidenten unterzeichnet, auch wenn sie von einer Gruppe von Abgeordneten eingebracht werden (s. Grafiken 10 und 11 auf S. 15/16). Die Mitglieder dieser Fraktionen zeigen jedoch auch die geringste Unterstützung für Reformen und stimmen häufiger für reformfeindliche Gesetzentwürfe ab.

Zusammenfassung und Empfehlungen

1. Die Rada hat in der IX. Legislaturperiode fast ein Fünftel der eingebrachten Gesetzentwürfe angenommen. Das ist mehr als in der vorherigen Legislaturperiode, aber deutlich weniger als etwa in Polen oder Großbritannien. Daher lohnt es sich, den »legislativen Spam« vor der Einbringung ins Parlament herauszufiltern. Das kann insbesondere dadurch erzielt werden, indem die Kosten, die dem Staatshaushalt angelastet würden im Fall der Annahme des Gesetzes, im Vorfeld genau berechnet werden. Dies würde auch die zuständigen Ausschüsse entlasten, die mit der Flut von mangelhaften Gesetzentwürfen und Änderungsanträgen zu kämpfen haben. Dadurch könnten wichtige Gesetzesentwürfe schneller und effizienter bearbeitet werden.
2. Die Ablehnung von Gesetzentwürfen dauert im Durchschnitt doppelt so lange (ein Jahr) wie die Annahme (sechs Monate). Obwohl die Hälfte der Gesetzentwürfe sogar etwas schneller als die in der Rada-Geschäftsordnung festgelegten Frist angenommen wird, ist die durchschnittliche Dauer etwa zwei Monate länger als die vorgeschriebene Zeit. Es kann manchmal Jahre dauern, bis Gesetzentwürfe bearbeitet werden. Da Fristen häufig nicht eingehalten werden, sollte die Rada-Geschäftsordnung diesbezüglich überarbeitet werden.
3. Die längste Wartezeit für Gesetzentwürfe entsteht während der parlamentarischen Bearbeitung, nachdem sie auf die Tagesordnung gesetzt wurden, aber noch vor der ersten Lesung. Für diese Phase gibt es in der Geschäftsordnung keine zeitliche Beschränkung. Es könnte also Sinn machen, dafür eine Frist einzuführen.
4. Gesetzentwürfe, die der Präsident einbringt, werden am häufigsten erfolgreich verabschiedet (in 78 Prozent der Fälle). Seine Gesetzentwürfe werden auch

recht schnell bearbeitet, etwa doppelt so schnell wie die der derzeitigen Regierung (aber langsamer als die der Vorgängerregierung, die im »Turbomodus« abgearbeitet wurden).

5. In der Regel reichen die Abgeordneten Gesetzentwürfe als Mitglieder einer Abgeordnetengruppe ein. Unter den Abgeordneten, die als alleinige Initiator:innen zahlreiche Gesetzentwürfe eingebracht haben, sticht Danylo Hetmanzew (*Diener des Volkes*) mit 38 Prozent verabschiedeter Gesetze hervor.
6. Mitglieder der ehemaligen Oppositionsfraktion »Plattform Für das Leben« (OPSSch) bringen relativ wenige Gesetzentwürfe ins Parlament ein. Ihre Entwürfe werden jedoch in der Regel abgelehnt, selbst wenn sie mit einer Gruppe von Abgeordneten anderer Fraktionen eingereicht werden.

Insgesamt hat der Gesetzgebungsprozess in der Ukraine mit mehreren systemischen Problemen zu kämpfen, die

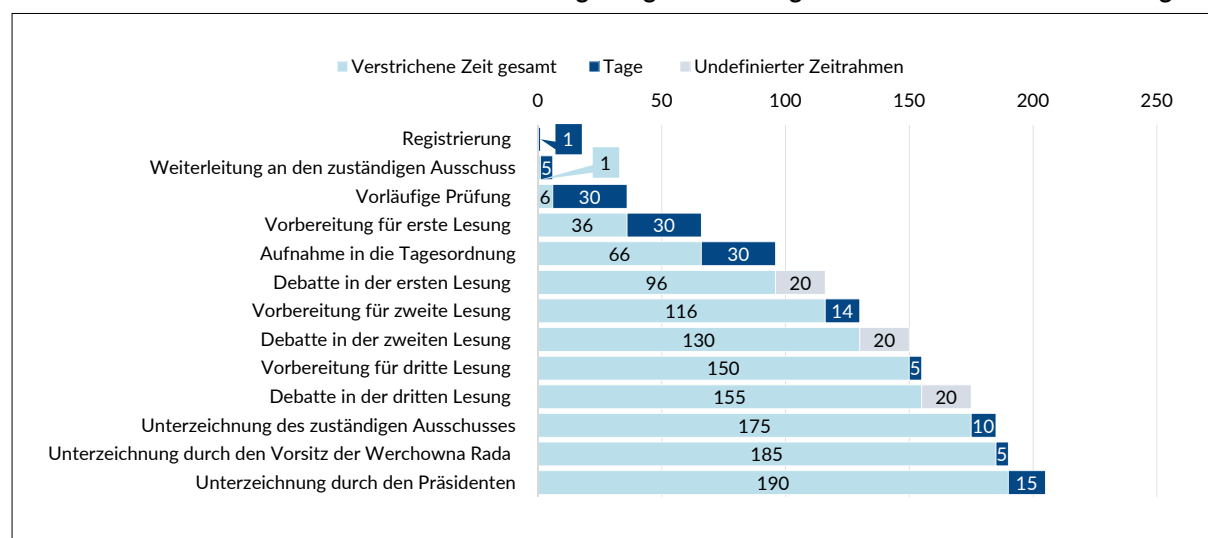
dringend reformbedürftig sind. Gegenwärtig fehlt es an wirksamen Mechanismen, um mangelhafte Gesetzentwürfe noch vor der formalen Einbringung in das Parlament herauszufiltern. Dieses Defizit führt dazu, dass die parlamentarischen Ausschüsse mit einer Vielzahl von mangelhaften und finanziell nicht tragbaren Gesetzentwürfen überschwemmt werden. Dies kann zu Reformstau führen, weil wirklich wichtige Gesetzentwürfe aus zeitlichen Gründen nicht bearbeitet werden können. Darüber hinaus enthält die derzeit gültige Geschäftsordnung der Rada Normen, die in der Praxis nicht eingehalten werden. Diese Normen müssten unbedingt angepasst werden, und es bedarf klarer Regeln für die Bearbeitungsfristen in allen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens sowie einer verstärkten Rechenschaftspflicht bei Nichteinhaltung der Fristen.

Diese Analyse ist zuerst 28 March 2024 auf Vox Ukraine in ukrainischer und englischer Sprache erschienen. Das Original ist unter diesem Link abrufbar: <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>. Die Ukraine-Analysen bedanken sich bei der Autorin, eine gekürzte Version in deutscher Sprache abdrucken zu dürfen und für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

Über die Autorin

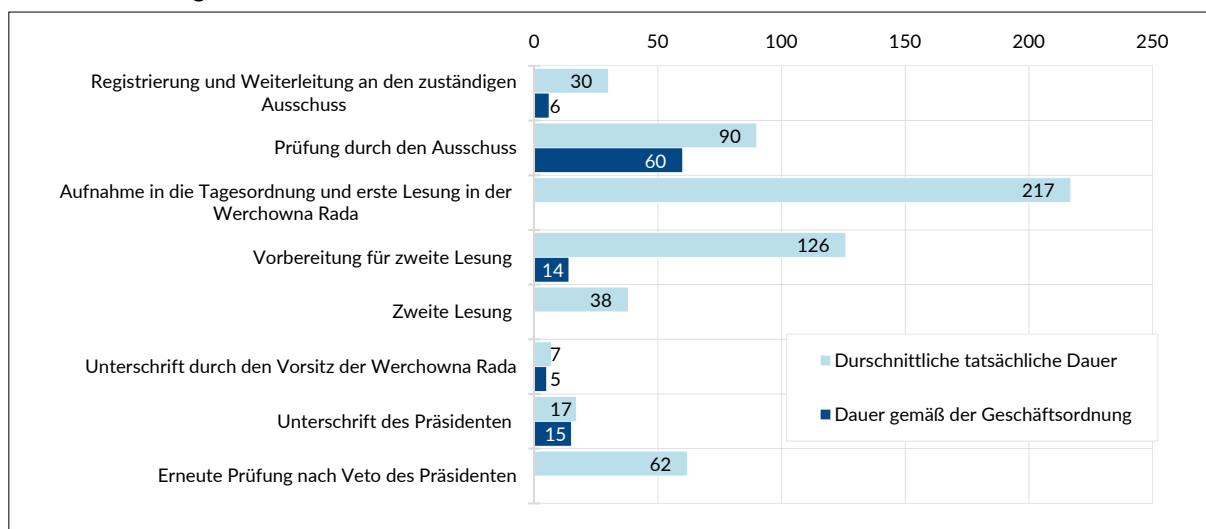
Dariia Kolodiazhna ist Datenanalytistin bei Vox Ukraine.

Grafik 1: Dauer der einzelnen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens gemäß der Rada-Geschäftsordnung



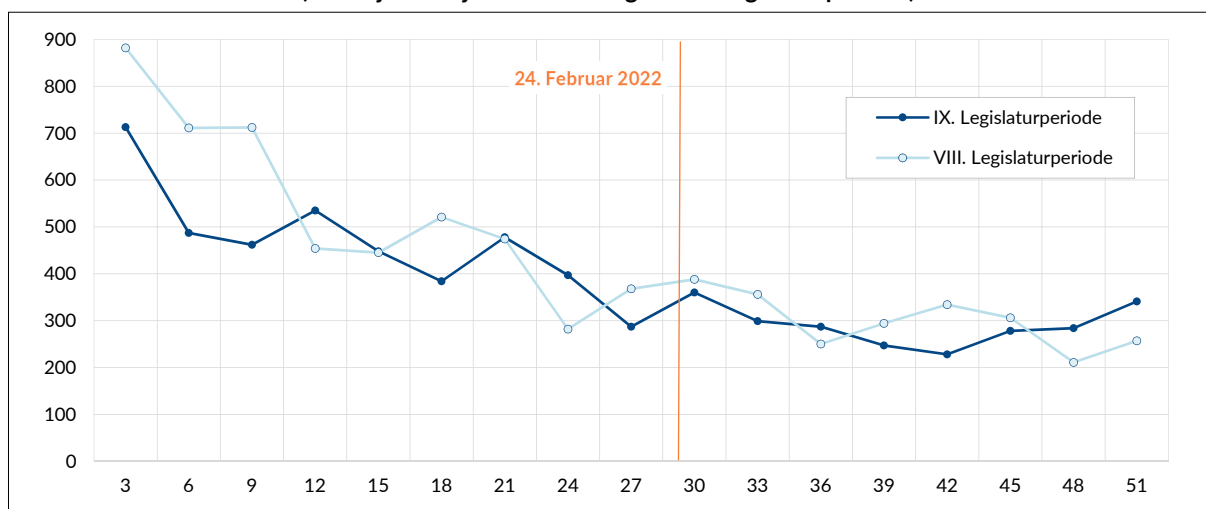
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how we Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 2: Durchschnittliche Dauer der einzelnen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens nach Geschäftsordnung der Werchowna Rada und tatsächlicher Dauer



Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verchowna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verchowna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 3: Die Anzahl registrierter Gesetzentwürfe in 4,5 Jahren der VIII. und IX. Legislaturperiode der Werchowna Rada (vierteljährlich jeweils vom Beginn der Legislaturperiode)

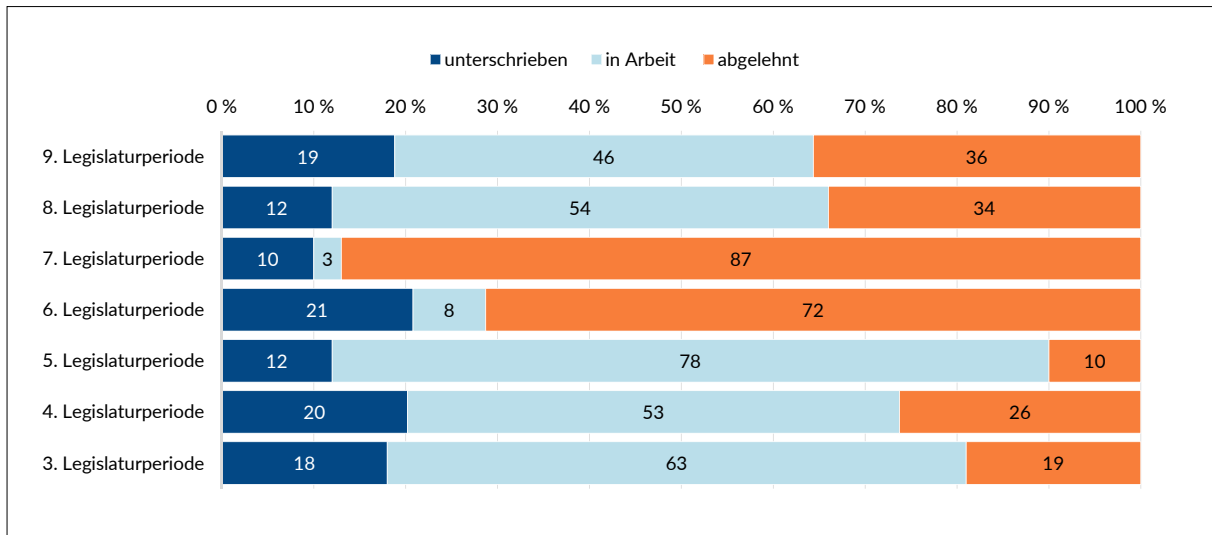


Vergangene Zeit in Monaten	IX. Legislaturperiode	VIII. Legislaturperiode
3	713	882
6	487	711
9	462	712
12	535	454
15	448	445
18	384	521
21	478	474
24	397	282
27	287	368

Vergangene Zeit in Monaten	IX. Legislaturperiode	VIII. Legislaturperiode
30	360	388
33	299	356
36	287	250
39	247	294
42	228	334
45	278	306
48	284	211
51	341	257

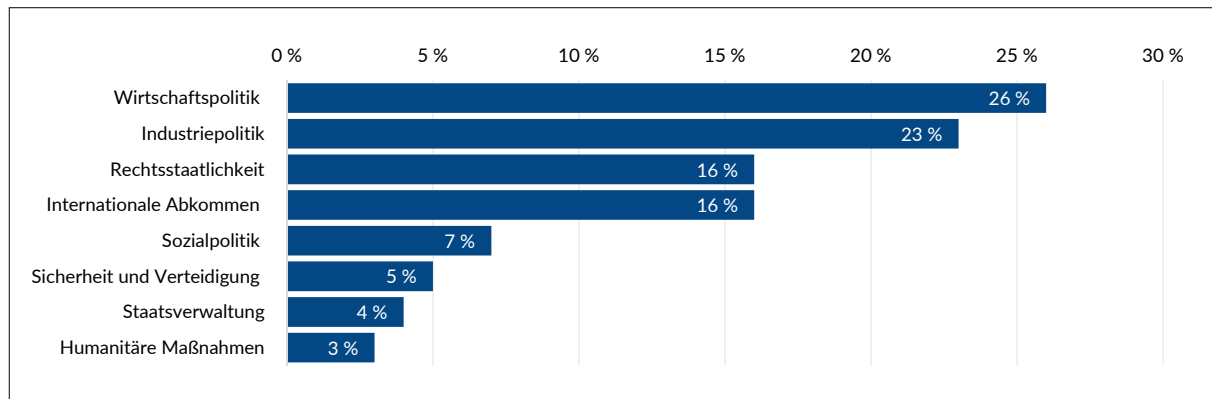
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verchowna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verchowna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 4: Vom Präsident unterzeichnete, in Bearbeitung befindliche und abgelehnte Gesetzentwürfe der vergangenen Legislaturperioden im Vergleich (jeweils letzter Tag der Legislaturperiode bzw. zum 18. Februar 2024 für die derzeitige Legislaturperiode)



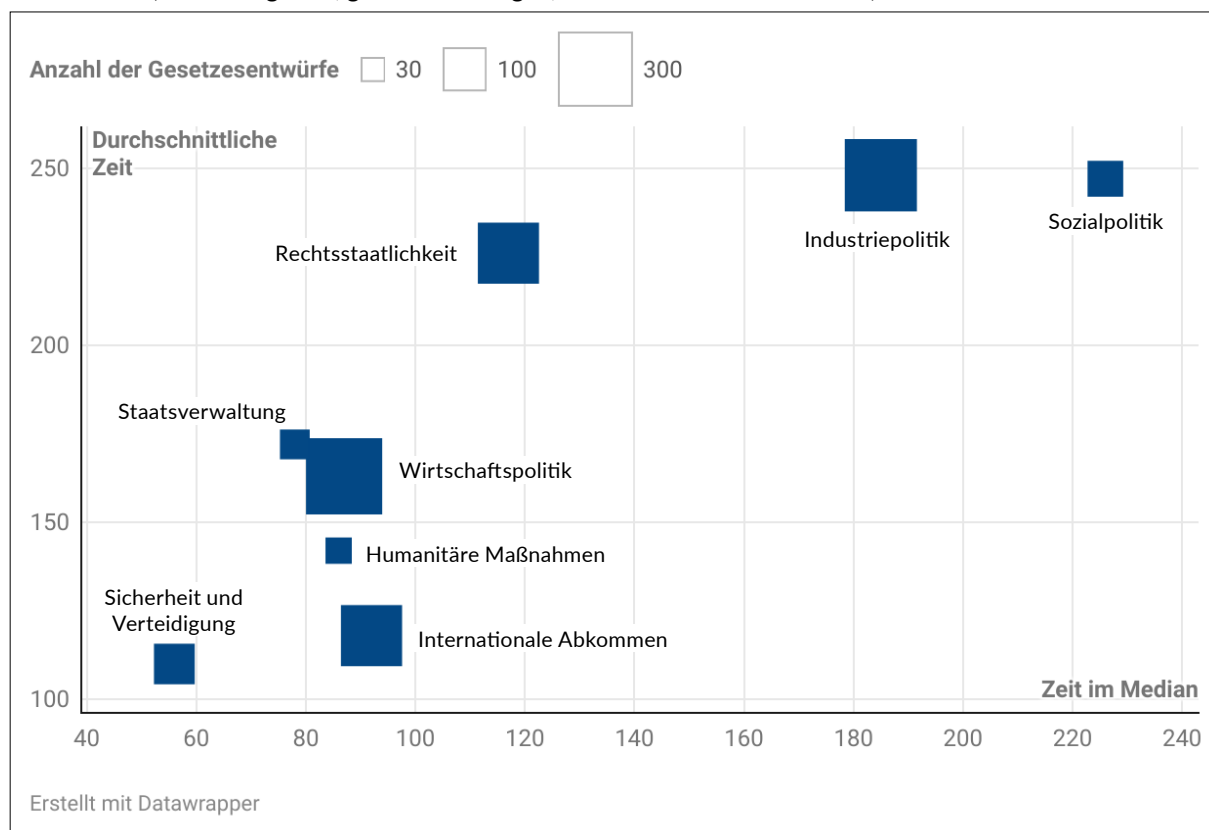
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 5: Verabschiedete Gesetzentwürfe nach Kategorie (in %, IX. Legislaturperiode)



Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

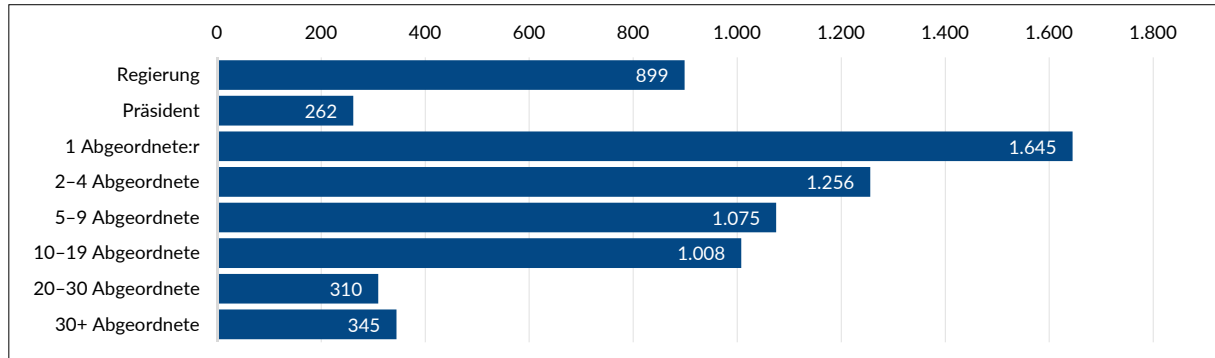
Grafik 6: Dauer von der Einbringung bis zur Unterzeichnung durch den Präsidenten von Gesetzesentwürfen (nach Kategorien, gemessen in Tagen, im Durchschnitt und Median)



	Durchschnittliche Zeit	Zeit im Median	Anzahl der Gesetzesentwürfe
Wirtschaftspolitik	163	87	325
Industriepolitik	248	185	291
Internationale Abkommen	118	92	208
Rechtsstaatlichkeit	226	117	208
Sicherheit und Verteidigung	110	56	90
Sozialpolitik	247	226	68
Staatsverwaltung	172	78	46
Humanitäre Maßnahmen	142	86	35

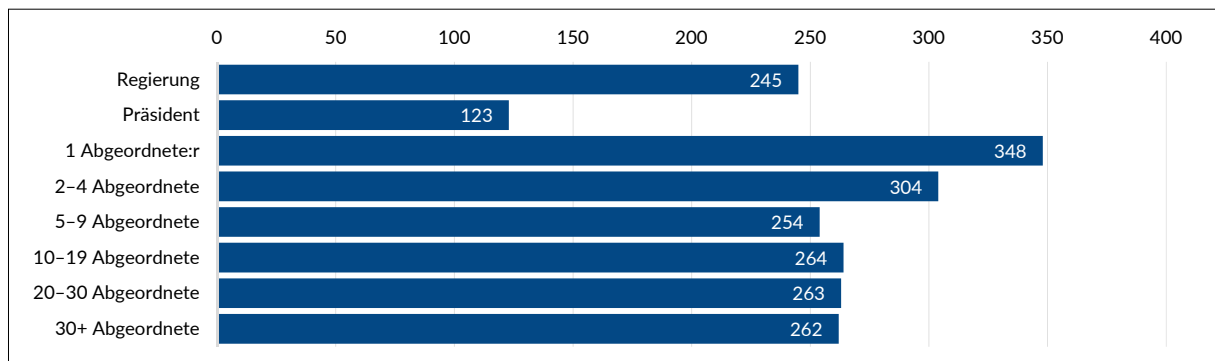
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 7: Anzahl der Gesetzentwürfe, die von der Regierung, dem Präsidenten und Abgeordneten (einzeln und in Gruppen) zwischen dem 29. August 2019 und dem 18. Februar 2024 eingebracht wurden



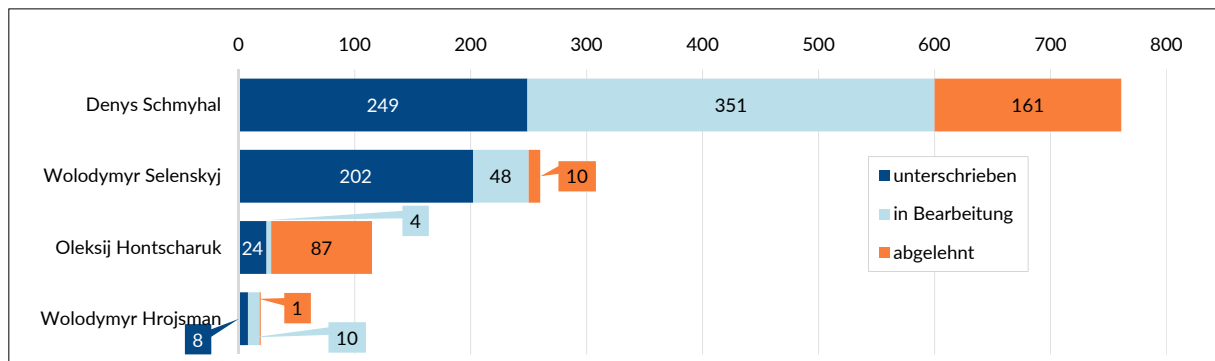
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how we Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 8: Durchschnittliche Dauer der Prüfung von Gesetzesentwürfen (von der Registrierung bis zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung), initiiert durch die Regierung, den Präsidenten und die Abgeordneten (einzeln und in Gruppen), vom 29. August 2019 bis zum 18. Februar 2024 (gemessen in Tagen)



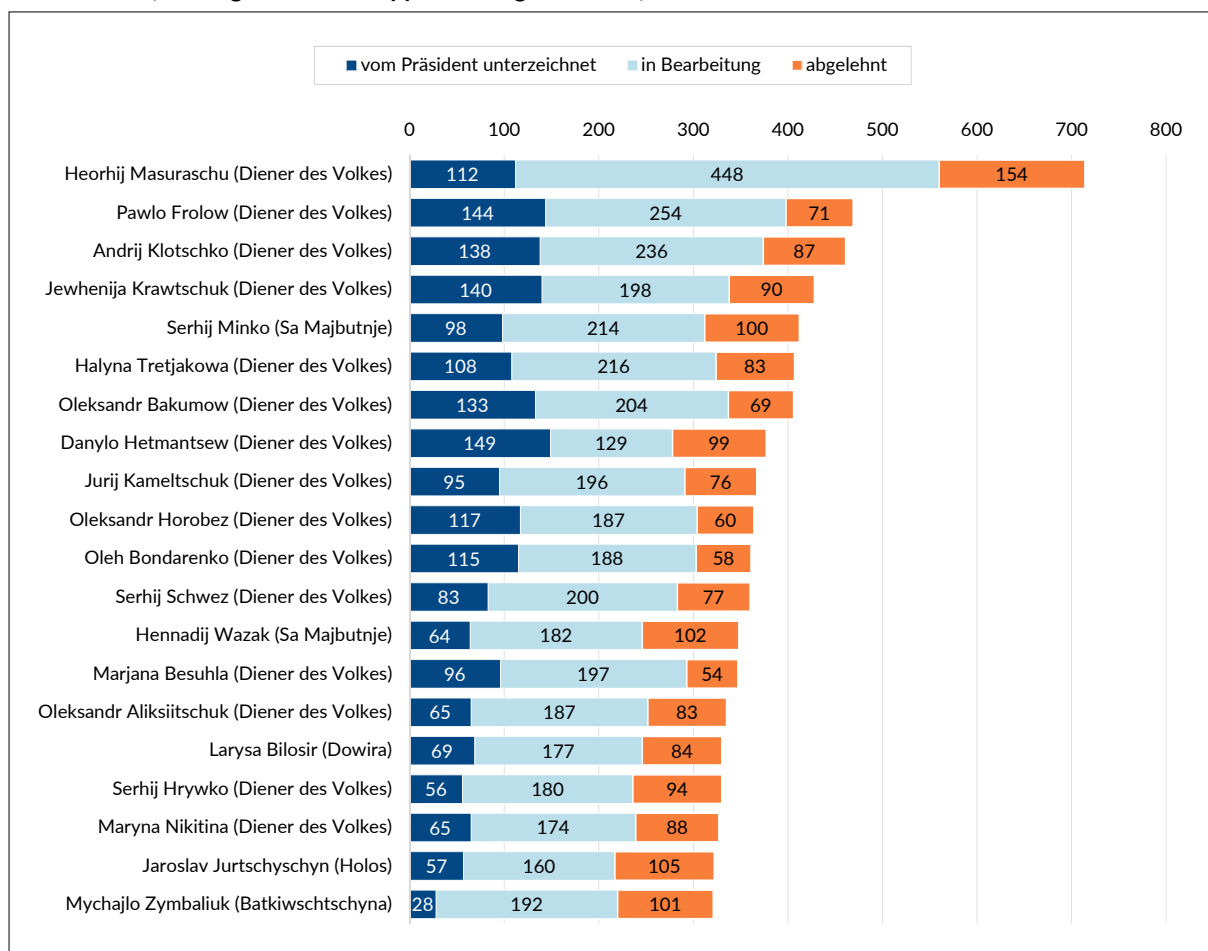
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how we Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 9: Seit dem 29. August 2019 eingebrachte Gesetzentwürfe nach Initiator und Phase im Gesetzgebungsprozess



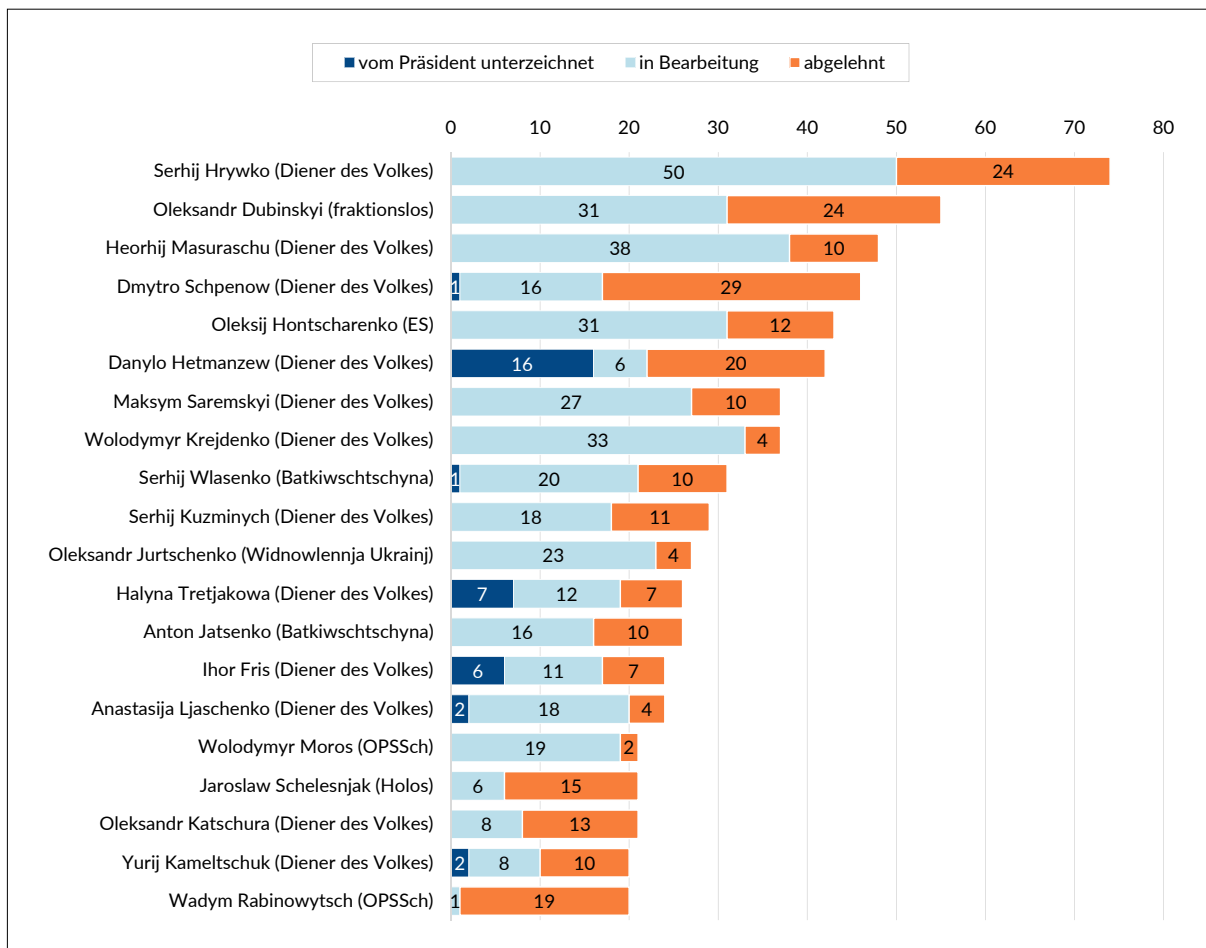
Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how we Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 10: Die Top 20 Abgeordneten nach der Anzahl der eingebrachten Gesetzentwürfe (als Mitglied einer Gruppe von Abgeordneten)



Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how we Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

Grafik 11: Die Top 20 Abgeordneten nach der Anzahl der eingebrachten Gesetzentwürfe (alleinige Initiator:innen)



Quelle: Dariia Kolodiazhna. 2024. *The First Parliamentary: How Quickly do Bills Pass Through the Verkhovna Rada and how to Make the Process More Efficient?* Vox Ukraine, 28. März, <https://voxukraine.org/en/the-first-parliamentary-how-quickly-do-bills-pass-through-the-verkhovna-rada-and-how-to-make-the-process-more-efficient>.

KOMMENTAR

Die Selenskyj-Mehrheit ist eine Illusion: Die Intransparenz der Rada ist eine der Ursachen der Parlamentskrise

Oleksandr Salischenko (Chesno, Kyjiw)

Im dritten Jahr des vollumfänglichen Krieges in der Ukraine spricht die Werchowna Rada zunehmend von einer »Parlamentskrise«, einer »Krise der Mono-Mehrheit« oder einer »endgültigen Desorganisation«.

Gleichzeitig verschweigen die Führung des Parlaments und die Regierungsfraktion *Diener des Volkes* [»Sluha Narodu« ist die Partei von Wolodymyr Selenskyj und stellt die Mehrheit in der Werchowna Rada. Sie wird im Ukrainischen als »Mono-Mehrheit« bezeichnet, da sie die absolute Mehrheit im Parlament hat und Gesetze allein mit ihren Stimmen verabschiedet werden können, insofern die Fraktion geschlossen abstimmt, Anm. d. Red.] eine der Ursachen dieses Problems: Abgeordnete, die Rada-Sitzungen schwänzen und die »Helden« des »Monaco-Bataillons« oder des »Dubai-Bataillons«, über die investigative Journalist:innen berichteten [gemeint sind wohlhabende Abgeordnete, die aus privaten Gründen Zeit in Dubai oder Monaco verbringen, anstatt sich der Parlamentsarbeit und den Belangen des Staates im Kriegszustand zu widmen. [»Helden« und »Bataillon« sind im Kontext des Krieges beißend ironisch gemeint, Anm. d. Red.]. Dabei ist die formale Zahl der Abgeordneten (401 oder 450) oder die »Mono-Mehrheit« selbst (235 oder 242 Mandate) nicht so wichtig wie die direkte Beteiligung der Abgeordneten an der Arbeit im Plenum der Rada und in den Ausschüssen.

Ende Januar dieses Jahres sprach der Fraktionsvorsitzende der *Diener des Volkes*, David Arachamija, über die Probleme im Parlament und räumte ein, dass die Rada vor enormen Herausforderungen stünde und dass »sich eine große Krise anbahnte«. Ihm zufolge gibt es keine Einigkeit im Parlament, sie sei eine Illusion, und zu viele Abgeordnete wollen vorzeitig ihr Mandat abgeben. Dieser Mangel an Einigkeit innerhalb der parlamentarischen Mehrheit wurde dadurch sichtbar, dass es seit dem Beginn der Vollinvasion erstmals zu »Unterbrechungen« und Verschiebungen von Sitzungen der Werchowna Rada gab, dass die Beschlussfähigkeit bei Probeabstimmungen nicht erzielt werden konnte oder dass nur ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Einer der Gründe, die zu diesen negativen Entwicklungen geführt haben, ist zweifellos der Arbeitsmodus, in dem das Parlament in den letzten zwei Jahren nach der Verhängung des Kriegsrechts getagt hat und der sich als ein sehr bequemes Format für schwänzende Abgeordnete herausgestellt hat.

Das mehrjährige Fehlen eines Arbeitskalenders der Werchowna Rada mit den traditionellen Sitzungswö-

chen, eines Schlichtungsausschusses am Montag und einer Fragestunde an die Regierung jeden Freitag sowie wochenlanger Arbeit der Abgeordneten in Ausschüssen und Wahlkreisen hat einen sehr bequemen Modus für Schwänzer:innen geschaffen. Sie können der Rada mehr als ein Jahr lang physisch fernbleiben und nicht über Beschlüsse abstimmen, aber aus der Ferne per Video an Ausschusssitzungen teilnehmen.

Ein weiterer Faktor, der dieses laxer Wohlfühlparlamentarierdasein begünstigte, ist die lange Abwesenheit von Journalist:innen im Parlament. Schließlich waren es die Journalist:innen, die in allen Legislaturperioden der Werchowna Rada eine äußerst wichtige Kontrollfunktion ausübten und die Politiker:innen zu einer effektiveren Arbeit motivierten. Ein ebenso wichtiger Faktor, der die gegenwärtige Krise verschärft hat, war das Fehlen offizieller Übertragungen der Sitzungen der Rada. Stattdessen wählten einige Abgeordnete Live-Schalten auf TikTok als Kommunikationskanal nach außen.

Manche mögen dies für bloße Formalia oder eine weit hergeholt Lappalie halten, die gegenüber militärischen Sicherheitsfragen zweitrangig sind. Aber diese Fragen haben sich nun als grundlegend erwiesen.

Das Fehlen einer objektiven und transparenten Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments durch Journalist:innen direkt aus dem Sitzungsgebäude der Werchowna Rada sowie das Fehlen einer öffentlichen Kontrolle der parlamentarischen Arbeit und der Abgeordneten führte dazu, dass die Werchowna Rada intern zersplittert und sie ihre Handlungsfähigkeit und -initiative einbüßt. Infolgedessen kam es zu einer Entwertung des Abgeordnetenmandats und dessen Bedeutung im politischen System.

Wenn wir die Äußerungen der Politiker:innen einmal beiseitelassen, stellen wir fest, dass es seit Beginn der Vollinvasion keine zusätzliche Arbeitsbelastung für das Parlament selbst oder einzelne Abgeordnete gegeben hat. Im Gegenteil, die Parlamentssitzungen finden nur noch wenige Male im Monat statt, im Durchschnitt etwa an vier Tagen (!), und die Debatte von Themen im Parlament eines kriegführenden Landes dauert nur noch wenige Stunden pro Sitzungstag (!). Und im Verlauf von fast drei Monaten im Jahr 2024 befanden sich die Abgeordneten insgesamt nur etwa 23 Stunden im Sitzungssaal. Auch die Zahl der Arbeitstage in den Ausschüssen der Werchowna Rada hat nicht zugenommen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die »Mono-Mehrheit« auf dem Papier bestehen bleibt, da die Fraktion

235 Abgeordnete umfasst. Das Parlament erarbeitet und verabschiedet Gesetze, wenn auch unter Schwierigkeiten. In fast jeder Sitzung gibt es eine Verfassungsmehrheit von mindestens 300 Stimmen für gesellschaftlich wichtige Entscheidungen. Dieser Mechanismus stockt jedoch manchmal, es kommt zu Überraschungen und die Koordination fällt mitunter schwer.

Die Chesno-Bewegung hat bereits über die Krise der »Mono-Mehrheit« geschrieben, denn in den letzten zwei Jahren ist es der Fraktion »*Diener des Volkes*« nur bei 17 Abstimmungen in der Werchowna Rada gelungen, das Minimum von 226 oder mehr Stimmen zu erreichen [die für die Verabschiedung von Gesetzen ohne die Stimmen von Abgeordneten anderer Fraktionen notwendig sind, Anm. d. Red.].

Grafik 1–3 auf S. 19–20 visualisieren die Abstimmungsdynamik der Fraktion »*Diener des Volkes*« in den letzten zwei Jahren und zeigen einen allmählichen Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Ja-Stimmen pro Monat, während der Anteil der abwesenden Abgeordneten gestiegen ist, insbesondere im Jahr 2023. Offensichtlich hat die Fraktion des »*Diener des Volkes*« bereits einen Stimmenschwund zu verzeichnen und muss dieses Defizit mithilfe anderer Fraktionen und Gruppen in der Rada ausgleichen.

Das Problem der Fraktion »*Diener des Volkes*«, die nötige Stimmenanzahl zu erreichen, trat fast unmittelbar nach den ersten euphorischen Monaten des »Turbomodus« auf, in den die neu einberufene Werchowna Rada geschaltet hatte. Je näher das Ende der Legislaturperiode rückte, desto offensichtlicher wurde dieses Problem. So war in den ersten Jahren dieser Legisla-

turperiode die »Mono-Mehrheit« durch die Stimmen der Fraktionen »*Dowira*« und »*Sa Majbutnje*« gesichert. Nach der Vollinvasion begannen die im Parlament verbliebenen Abgeordneten der verbotenen prorussischen Partei *OPSSch* konsequent im Einklang mit der »Mono-Mehrheit« abzustimmen.

Wenn Abgeordnete, die über die Parteiliste von »*Diener des Volkes*« in die Rada gewählt wurden, vorzeitig ihr Mandat niederlegen wollen, werden neue Kandidat:innen nachnominiert. Dies könnte sich sogar positiv auswirken, da »frisches Blut« eine aktivere parlamentarische Tätigkeit anregen würde. Gleichzeitig ist die Situation bei Direktkandidat:innen, die durch einen Wahlsieg in ihrem Wahlbezirk direkt in die Rada eingezogen sind, komplizierter, da Nachwahlen in Wahlkreisen während des Kriegsrechts verboten sind.

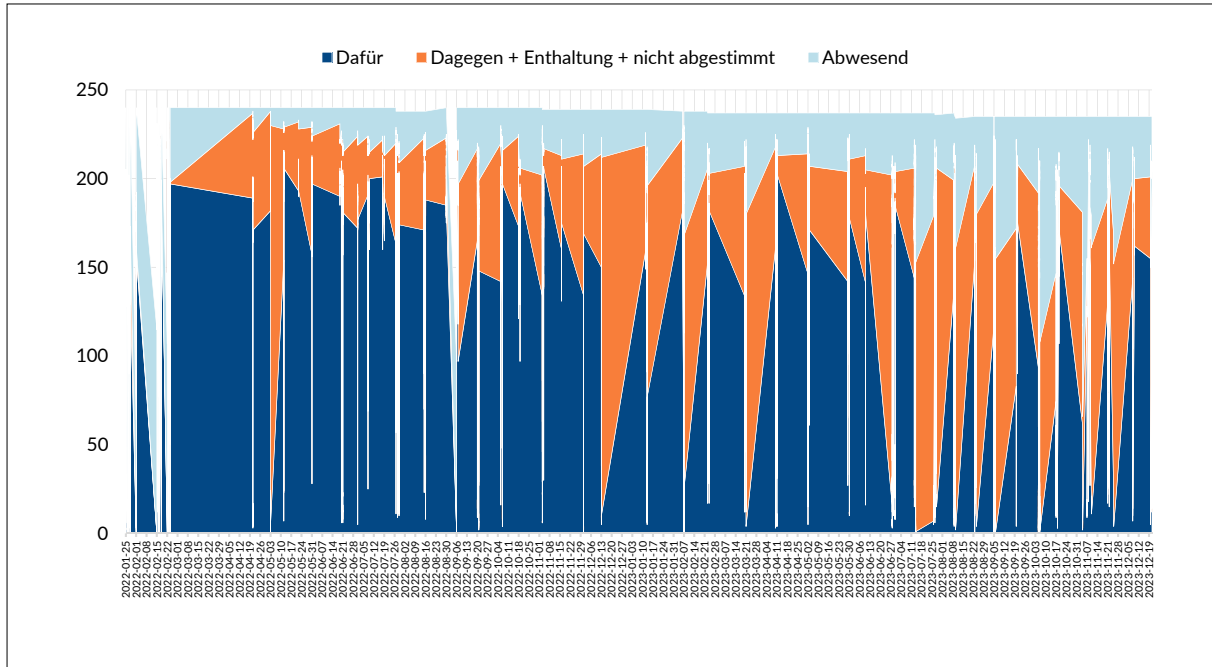
In früheren Legislaturperioden der Werchowna Rada gab es noch schwierigere Zeiten, in denen die Beschlussfähigkeit zu gewährleisten war. Deshalb mussten parlamentarische Koalitionen gebildet und ein Konsens mit der Opposition gefunden werden, um dieses Problem zu lösen. Gleichzeitig können der Parlamentsvorsitz sowie die Fraktionen und Gruppen die häufige Abwesenheit von Mandatsträger:innen nicht einfach ignorieren und tolerieren. Andernfalls könnten die Abgeordneten auf die Idee kommen, die Taste für die Abstimmungen in der Rada zu deaktivieren und zum »Knopfdrücken« [gemeint ist die rechtswidrige Stimmabgabe für einen oder mehrere abwesende(n) Abgeordnete(n), Anm. d. Red.] zurückzukehren, das früher dazu diente, Abwesenheit zu vertuschen und echte Abstimmungen zu imitieren.

Anmerkung: Dieser Kommentar erscheint zuerst am 22. März 2024 auf Ukrainisch bei Chesno und ist hier im Original abrufbar: <https://www.chesno.org/post/5919/>. Die Ukraine-Analysen bedanken sich bei Chesno für die Bereitstellung der Rohdaten, die Grafik 1–3 zugrunde liegen und die Erlaubnis, den Text in deutscher Übersetzung abdrucken zu dürfen.

Über den Autor

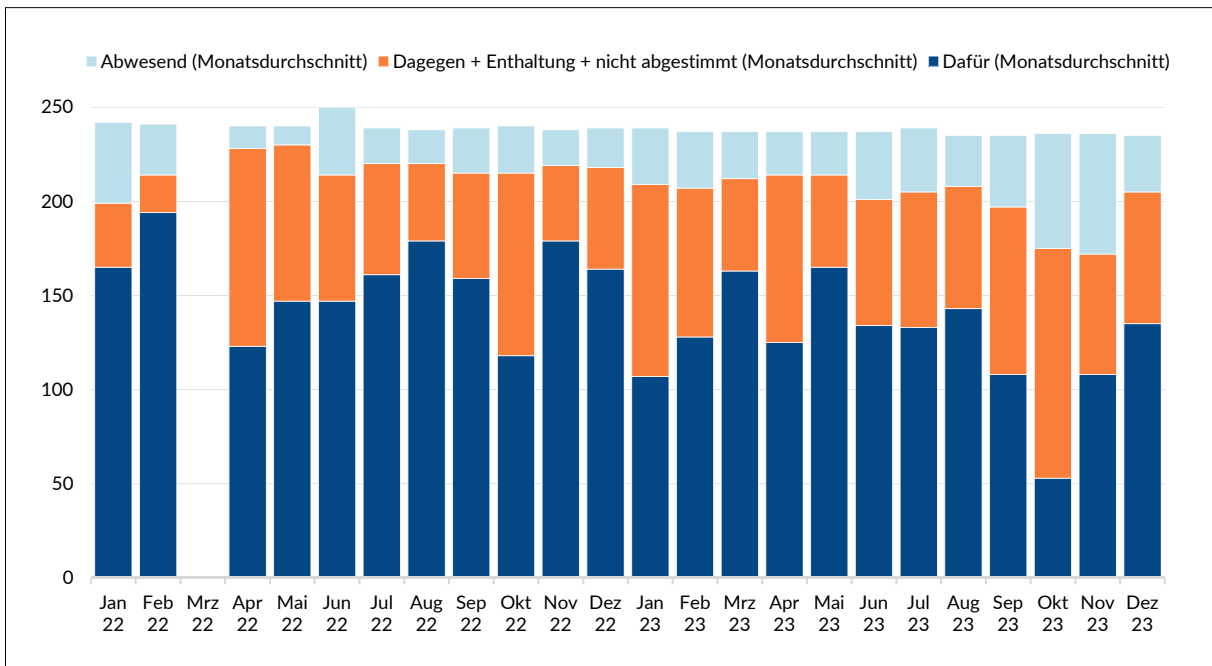
Oleksandr Salischenko ist Chefredakteur für Publikationen der NGO »Chesno« und ist Experte für die Werchowna Rada, insbesondere für Parlamentssitzungen und Ausschussarbeit.

Grafik 1: Abstimmungsverhalten von Abgeordneten der Fraktion »Diener des Volkes« in den Jahren 2022 und 2023



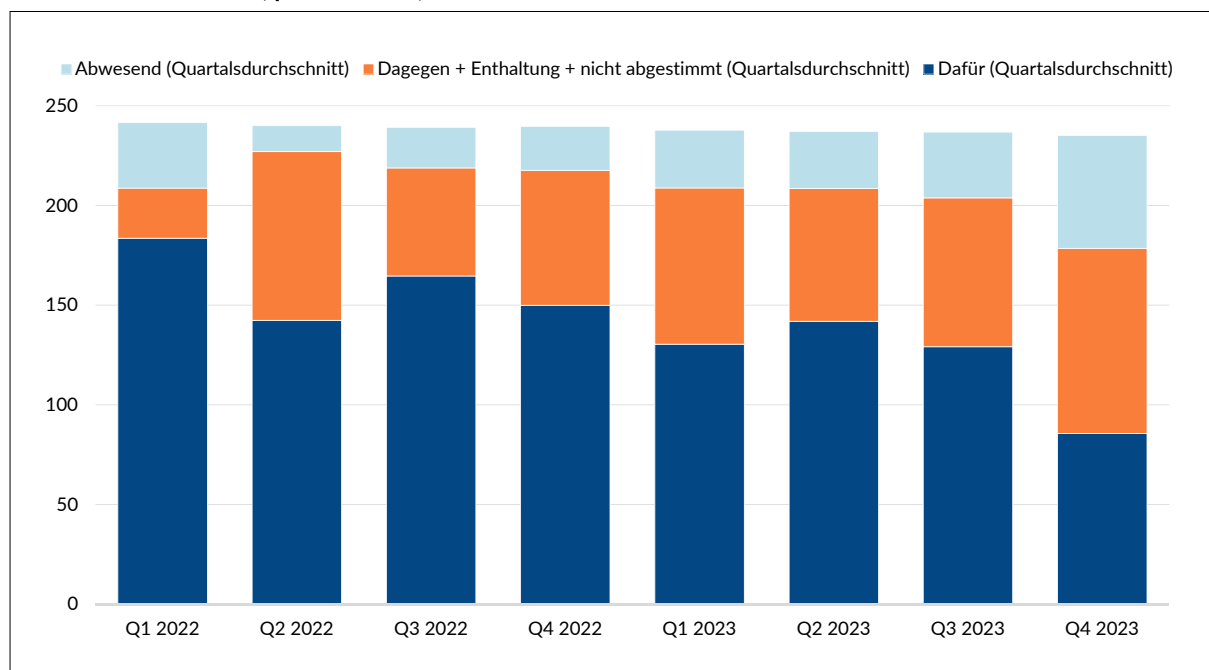
Quelle: Oleksandr Salischenko. 2024. Die Selenskyj-Mehrheit ist eine Illusion: Die Intransparenz der Rada ist eine der Ursachen der Parlamentskrise. Chesno, 22. März 2024, <https://www.chesno.org/post/5919/>.

Grafik 2: Abstimmungsverhalten von Abgeordneten der Fraktion »Diener des Volkes« in den Jahren 2022 und 2023 (monatlich)



Quelle: Oleksandr Salischenko. 2024. Die Selenskyj-Mehrheit ist eine Illusion: Die Intransparenz der Rada ist eine der Ursachen der Parlamentskrise. Chesno, 22. März 2024, <https://www.chesno.org/post/5919/>.

Grafik 3: Abstimmungsverhalten von Abgeordneten der Fraktion »Diener des Volkes« in den Jahren 2022 und 2023 (quartalsweise)



Quelle: Oleksandr Salischenko. 2024. Die Selenskyj-Mehrheit ist eine Illusion: Die Intransparenz der Rada ist eine der Ursachen der Parlamentskrise. Chesno, 22. März 2024, <https://www.chesno.org/post/5919/>.

CHRONIK

01. – 30. April 2024

01.04.2024	Der Bürgermeister der Stadt Charkiw, Ihor Terechow, sagt, dass russische Angriffe fast die gesamte kritische Energieinfrastruktur in Charkiw, darunter ein Wärmekraftwerk und alle elektrischen Umspannwerke, zerstört hätten. Charkiw wird seit Beginn der großangelegten Invasion immer wieder angegriffen und erlebte in den letzten Wochen eine Zunahme der Angriffe. Terechow beziffert den für den Wiederaufbau der Stadt notwendigen Betrag inzwischen auf mehr als 10 Milliarden US-Dollar.
01.04.2024	Laut einer Umfrage des Instituts für soziale und politische Psychologie kann die Mehrheit der Ukrainer:innen die Motive derjenigen, die sich der Mobilisierung entziehen wollen, nachvollziehen: 53,9 % der Befragten stimmen der Aussage zu, dass »diejenigen, die sich der Mobilisierung entziehen, verstanden werden können – niemand will sterben«. Gleichzeitig geben fast 43 % der Befragten an, dass sie sich für Männer schämen, die sich der Mobilisierung entziehen. Die Ukraine beabsichtigt, die Mobilisierung zu verstärken. Ein Gesetzentwurf zur Mobilisierung, der derzeit im Parlament diskutiert wird, sieht vor, das Einberufungsalter von 27 auf 25 zu senken und eine militärische Grundausbildung einzuführen.
02.04.2024	Die ukrainischen Streitkräfte haben laut dem Verteidigungsministerium im März 976 russische Artilleriesysteme zerstört. Das sei seit Beginn der großangelegten Invasion eine Rekordzahl für einen Monat, so das Ministerium. Da der Ukraine Artilleriegranaten fehlen, geht ein wesentlicher Teil davon auf den Einsatz von Drohnen zurück, die an der Front eine zunehmend wichtige Rolle spielen.
02.04.2024	Laut der Website des ukrainischen Parlaments hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj drei Gesetze zur Änderung der Mobilmachung unterzeichnet. Damit billigt er Gesetze zur Senkung des Mindestalters für die Wehrpflicht von 27 auf 25 Jahre, zur Einrichtung eines Online-Registers für Wehrpflichtige und zur Streichung des Tauglichkeitsgrades »teilweise tauglich« bei der medizinischen Musterung.

02.04.2024	Der ukrainische Minister für digitale Transformation Mychajlo Fedorow teilt mit, dass Ukrainer:innen, deren Eigentum von Russland zerstört oder beschädigt wurde, nun Anträge auf Entschädigungsleistungen über ein internationales Online-Register einreichen können, das als Grundlage für künftige Reparationen gegenüber Russland dienen solle.
02.04.2024	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal kündigt an, dass die Ukraine zusätzliche 5,6 Milliarden Hrywnja (ca. 132 Millionen Euro) für die Verstärkung der Oblaste Donezk, Cherson, Saporischschja, Mykolajiw und Sumy bereitstellen werde. Die ukrainischen Behörden waren in der Vergangenheit wegen der langsamen Fortschritte bei der Verstärkung der Verteidigungslinien in die Kritik geraten.
03.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem finnischen Amtskollegen Alexander Stubb, dass sich Russland darauf vorbereite, bis Juni weitere 300.000 Soldaten zu mobilisieren.
04.04.2024	Laut einem anonymen NATO-Beamten hält die NATO aufgrund der ihr vorliegenden Daten eine großangelegte Offensive Russlands in naher Zukunft für unwahrscheinlich. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte im Februar gewarnt, dass Russland eine neue Offensive im Frühjahr oder im Frühsommer vorbereite. Laut dem NATO-Beamten, der in einem Bericht des Institute for the Study of War (ISW) zitiert wird, verfügten die russischen Streitkräfte zwar über einen »erheblichen quantitativen Vorteil« in Bezug auf Waffen und Personal, doch fehlt es ihnen »noch immer an der für eine erfolgreiche Großoffensive erforderlichen Munition und manövrierfähigen Einheiten«. Daher halte es die NATO für zweifelhaft, dass die russischen Streitkräfte bei einer Offensive in diesem Frühjahr ohne eine weitere Mobilisierung nennenswerte Erfolge erzielen könnten.
04.04.2024	Andrej Jusow, Sprecher des ukrainischen Militärgeschwärdienstes (HUR), deutet an, dass die Drohnenangriffe auf Militäreinrichtungen in Russland fortgesetzt und »ihre Reichweite erhöht« werden könnten. Seit Wochen attackiert die Ukraine Ziele auf russischem Territorium. Die Angriffe gelten vor allem Einrichtungen, die Russland dazu befähigen seinen Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen, wie. z. B. militärische Einrichtungen und Ölraffinerien. Insgesamt haben die Angriffe laut Bloomberg zu Fördereinbußen zwischen 12–14 % der russischen Raffineriekapazitäten geführt.
04.04.2024	Der ukrainische Parlamentsausschuss für regionale Entwicklung beschließt die Umbenennung von sieben weiteren Städten und 44 Dörfern, deren Namen nicht den Standards der ukrainischen Sprache entsprechen oder auf russische oder sowjetische Bezeichnungen verweisen.
05.04.2024	Die ukrainischen Streitkräfte registrierten im vergangenen Monat 371 Fälle des Einsatzes von Munition mit verbotenen Chemikalien. Insgesamt haben die russischen Truppen im vergangenen Jahr 1.412 Mal Munition mit Chemikalien eingesetzt, die nach dem Chemiewaffenübereinkommen verboten sind. Das Genfer Protokoll von 1925 verbietet den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen im Krieg.
06.04.2024	Laut dem Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Oleksandr Syrskyj, ist die stark umkämpfte Stadt Tschassiw Jar im Gebiet Donezk trotz schwerer Kämpfe weiterhin unter ukrainischer Kontrolle. Östlich der Stadt finden heftige Kämpfe statt, wo die russischen Streitkräfte versuchen, die ukrainischen Verteidigungslinien zu durchbrechen.
06.04.2024	Der ukrainische Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow gibt bekannt, dass seit August 2023 bereits 36 Millionen Tonnen Güter über den ukrainischen Schwarzmeerkorridor exportiert wurden. Dies sei ein höheres Umschlagsvolumen als während der Schwarzmeer-Getreide-Initiative, die im Juli 2022 von der Türkei und den Vereinten Nationen vermittelt wurde und bis August 2023 bestand hatte.
06.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft der Oblast Tschernihiw eine parteiübergreifende Delegation des US-Kongresses und fordert die Verabschiedung des Militärhilfepakets zur Unterstützung der Ukraine. Die US-Hilfen stecken seit Monaten im US-Kongress wegen innenpolitischer Auseinandersetzungen fest.
06.04.2024	Laut dem britischen Militärgeschwärdienst haben die intensivierten ukrainischen Angriffe auf russisches Territorium den Druck auf die russischen Luftabwehrsysteme erhöht, was dazu geführt hat, dass Russland wahrscheinlich seine eigenen Flugzeuge abgeschossen hat. Am 28. März stürzte ein russisches Kampfflugzeug in der Nähe der Krim ab, vermutlich durch »friendly fire« der eigenen Truppen getroffen wurde.
07.04.2024	Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) bestätigt, dass die Reaktorsicherheitsbehälter des Atomkraftwerks (AKW) Saporischschja durch Drohnenexplosionen getroffen wurden. Die Ukraine weist die Verantwortung für die Angriffe von sich: »Die Ukraine ist nicht an bewaffneten Provokationen auf dem Gebiet des illegal besetzten Atomkraftwerks beteiligt«, so Andrej Jusow, Sprecher des ukrainischen Militärgeschwärdienstes (HUR). Er beschuldigt Russland, die Angriffe unter falscher Flagge durchgeführt zu haben. Das AKW Saporischschja, das größte Kernkraftwerk in Europa, ist seit März 2022 unter russischer Besatzung. Seit September 2022 sind IAEO-Teams auf Rotationsbasis in der Anlage stationiert.

07.04.2024	Die Ukraine erhält Zusagen über 700 Millionen US-Dollar für die Minenräumung. Zu den wichtigsten Gebern gehören die USA, die Schweiz, Norwegen, mehrere EU-Staaten und Japan. Der Entminungskoalition für die Ukraine gehören rund 20 Länder an.
08.04.2024	Vor der russischen Exklave Kaliningrad an der Ostsee setzt ein Feuer das russische Raketenschiff Serpuchow außer Gefecht. Der ukrainische Militärgeheimdienst (HUR) erklärt auf Telegram, dafür verantwortlich gewesen zu sein. Es wäre der erste derartige Angriff auf die russische Marine in der Ostsee. In den letzten Monaten hatte die Ukraine ihre Angriffe auf die russische Schwarzmeerflotte intensiviert und mehrere Schiffe zerstört oder beschädigt und somit Russland gezwungen, die auf der Krim stationierte Schwarzmeerflotte in fernere Gewässer zu verlegen.
08.04.2024	Gegenüber der Financial Times berichten ukrainische Beamte:innen, dass die von Russland verursachten Schäden an der Energieinfrastruktur der Ukraine schlimmer seien als im Winter 2022–2023, als Russland die Energieinfrastruktur massiv angegriffen hatte.
09.04.2024	Ein anonymes NATO-Beamter gibt gegenüber Foreign Policy an, dass ukrainische FPV-Drohnen inzwischen für mehr als 65 % der zerstörten russischen Panzer verantwortlich seien. Der verstärkte Einsatz der Drohnen deute auf den kritischen Munitionsmangel der Ukraine hin, so der Beamte.
09.04.2024	Laut dem Leiter der Abteilung für Kriegsverbrechen bei der Generalstaatsanwaltschaft, Juri Belousow, sollen mindestens 54 ukrainische Kriegsgefangene von russischen Soldaten hingerichtet worden sein. 27 strafrechtliche Ermittlungen zu den Hinrichtungen seien im Gange, so Belousow. In jüngerer Zeit gab es mehrere Berichte über die Tötung ukrainischer Kriegsgefangener durch russische Soldaten in den umkämpften Gebieten Saporischschja und Donezk. Die vorsätzliche Tötung oder Folter von Kriegsgefangenen gelten als Kriegsverbrechen.
10.04.2024	Ein massiver russischer Luftangriff in der Nacht zum 11. richtet sich gegen die kritische Infrastruktur in mehreren Regionen der Ukraine. Von den insgesamt 42 Raketen verschiedener Bauart und den 40 Shahed-Drohnen werden 18 Raketen und 39 Drohnen von der ukrainischen Luftverteidigung abgewehrt. Die Angriffe beschädigten Energieanlagen in den Oblasten Charkiw, Kyjiw, Saporischschja, Odesa und Lwiw, teilt der staatliche Energieversorger Ukrenergo mit. Bei Kyjiw wird das Kraftwerk Trypillja, das größte und wichtigste Kraftwerk der Region Kyjiw, vollständig zerstört. Russland begann seine Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur im März zu verstärken, als der Mangel an Luftabwehrsystemen und Munition in der Ukraine immer deutlicher wurde.
10.04.2024	Die Werchowna Rada verabschiedet in erster Lesung einen Gesetzesentwurf, der den Militärdienst von Bürger:innen erlaubt, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt wurden, teilt der Abgeordnete Oleksij Hontscharenko mit.
11.04.2024	Beim Besuch in Litauen unterzeichnet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit seinem lettischen Amtskollegen Edgars Rinkēvičs ein bilaterales Sicherheitsabkommen. Im Rahmen des Abkommens werde Lettland der Ukraine im Jahr 2024 rund 112 Millionen Euro an Militärhilfe zur Verfügung stellen sowie zusätzliche Unterstützung beim Wiederaufbau, beim Schutz kritischer Infrastrukturen, bei der Minenräumung, bei unbemannter Technologie und bei der Cybersicherheit. Die Ukraine hat in den vergangenen Monaten mehrere bilaterale Abkommen mit anderen Staaten geschlossen, darunter auch mit Deutschland.
11.04.2024	Das ukrainische Parlament verabschiedet in zweiter Lesung das überarbeitete Mobilisierungsgesetz. Seit der ersten Lesung im Februar 2024 wurden mehr als 4.000 Änderungsanträge eingereicht. Die ursprünglich vorgesehene Regelung zur Demobilisierung nach 36 Monaten wurde laut Ukrainiska Prawda auf Initiative des Oberkommandierenden Oleksandr Syrskyj wieder verworfen. Die Ukraine ist angesichts des andauernden Kriegs gegen Russland dringend auf die Mobilisierung neuer Soldat:innen angewiesen.
12.04.2024	Der ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko teilt mit, dass die Ukrainer:innen angesichts der anhaltenden russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur auf mögliche Stromausfälle im Frühjahr oder Sommer vorbereitet sein sollten.
12.04.2024	Ukrainische Soldat:innen und Polizist:innen, die direkt an der Front dienen, sollen eine zusätzliche Zahlung von 70.000 Hrywnja (ca. 1.600 Euro) pro Monat erhalten, kündigt der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal an.
12.04.2024	Bloomberg berichtet, dass US-Beamte:innen einen Zusammenbruch der ukrainischen Armee nicht mehr für ausgeschlossen halten, da sich die Ukraine im schwächsten Moment seit zwei Jahren befinde. Die militärische Lage der Ukraine wurde in den letzten Monaten durch einen akuten Munitionsmangel geschwächt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj äußert in diesem Zusammenhang in einem Interview mit CBS News seine Sorge über eine neue russische Großoffensive im Mai oder Juni.

13.04.2024	Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Oleksandr Syrskij sagt, dass sich die Lage an der Ostfront der Ukraine in den letzten Tagen erheblich verschlechtert habe, da Russland seine Offensivbemühungen intensiviert habe. Laut Syrskij habe das warme und trockene Wetter Russland ermöglicht, seine Panzerangriffe in den Gebieten Bachmut, Lyman und Pokrowsk zu verstärken. Die eindringliche Warnung erfolgt vor dem Hintergrund des Munitionsmangels, unter dem das ukrainische Militär leidet und der durch den anhaltenden Stillstand im US-Kongress bezüglich der amerikanischen Militärhilfe noch verschärft wird.
13.04.2024	Das deutsche Verteidigungsministerium teilt mit, dass Deutschland der Ukraine ein weiteres Patriot-Luftabwehrsystem zur Verfügung stellen werde, um die zunehmenden russischen Luftangriffe abzuwehren. Moskau hat seine Angriffe auf die Ukraine intensiviert und der Mangel an Luftabwehrsystemen wird immer deutlicher spürbar. Bei den jüngsten Angriffen Russlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur wurden mehrere Wärmekraftwerke im ganzen Land zerstört und die Energieproduktion stark beeinträchtigt.
13.04.2024	Alle sechs Reaktoren des Kernkraftwerks Saporischschja werden zum ersten Mal seit Oktober 2022 kalt abgeschaltet, teilt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) mit. IAEO-Generaldirektor Rafael Grossi begrüßt die Kaltabschaltung und erklärte, dass sie »die allgemeine Sicherheit der Anlage erhöhe«. Seit März 2022 ist das Atomkraftwerk (AKW) unter russischer Besatzung und jüngst kam es zu Angriffen auf das AKW. Russland beschuldigte die Ukraine, während die Ukraine von einer »russische Provokation« sprach.
14.04.2024	Nach massiven nächtlichen iranischen Luftangriffen auf Israel mit 170 Drohnen, 30 Marschflugkörpern und 120 ballistischen Raketen kritisiert das ukrainische Außenministerium den Iran. Das Ministerium bezeichnet den Angriff als »inakzeptabel und unverantwortlich« und ruft zu Bemühungen auf, einen »größeren regionalen Konflikt« zu verhindern. Der Angriff zeige einmal mehr, wie wichtig es sei, alle Kräfte der freien Welt zu mobilisieren, um die Demokratie zu verteidigen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verurteilt den Angriff ebenfalls und sagt, dass man in der Ukraine das Gefühl des Grauens im Angesicht solcher Attacken nur zu gut kenne. Der Iran ist ein Verbündeter Russlands und liefert Russland u. a. Shahed-Drohnen, mit denen Russland immer wieder die Ukraine angreift.
15.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert die westlichen Verbündeten auf, die Ukraine so zu verteidigen, wie sie Israel beim iranischen Luftangriff geschützt haben. Israel und seine Verbündeten, darunter die USA, Großbritannien und Frankreich, schossen die meisten Drohnen und Raketen ab, bevor sie israelisches Gebiet erreichten. Mit der Verteidigung Israels habe die freie Welt bewiesen, dass »entschlossenes Handeln der Verbündeten ... den Erfolg des Terrorismus und den Verlust der Infrastruktur« verhindern könne. Das Gleiche könne getan werden, um die Ukraine gegen Russland zu verteidigen. Der britische Außenminister David Cameron erwidert, der Einsatz westlicher Kampfflotten zum Schutz der Ukraine könne zu einer »gefährlichen Eskalation« führen.
15.04.2024	Die Washington Post berichtet, dass US-Vizepräsidentin Kamala Harris auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2024 den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei einem Treffen dazu aufforderte, keine russischen Öltraffinerien anzugreifen. Harris zufolge würden ukrainische Angriffe die weltweiten Energiepreise in die Höhe treiben und zu aggressiveren russischen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Ukraine führen.
16.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet das neue Mobilisierungsgesetz, das in den vergangenen Wochen kontrovers diskutiert und im Gesetzgebungsprozess stark überarbeitet wurde. Das Gesetz war am 11. April in zweiter Lesung im Parlament verabschiedet worden und sieht unter anderem die Absenkung des Wehrpflichtalters auf 25 Jahre vor, statt bisher 27. Das Gesetz gilt als wichtiger Grundpfeiler für eine für 2024 geplante neue Mobilisierungswelle. Das Gesetz tritt zum 18. Mai in Kraft.
17.04.2024	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teilt mit, dass am 19. April ein Treffen des NATO-Ukraine-Rates stattfinden wird, um über die Lieferung von Flugabwehrsystemen an die Ukraine zu beraten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte Anfang der Woche das Treffen beantragt. Hintergrund sind die massiven russischen Luftangriffe auf die kritische Infrastruktur und zivile Ziele.
17.04.2024	Laut der Nachrichtenagentur Reuters sagt die Ukraine, dass Russland zunehmend Tränengas auf dem Schlachtfeld einsetzt. Ukrainische Militärs haben bereits erklärt, dass Russland chemische Waffen auf dem Schlachtfeld einsetzt und damit gegen das Genfer Protokoll von 1925 verstößt. Der Einsatz von Tränengas im Krieg ist auch nach der Chemiewaffenkonvention von 1997, die auch Russland unterzeichnet hat, verboten.

17.04.2024	Das ukrainische Kulturministerium teilt mit, dass der Bogen der Völkerfreundschaft in Kyjiw aus dem staatlichen Register der Denkmäler von nationaler Bedeutung gestrichen wurde, weil er mit Russland und der Sowjetunion in Verbindung gebracht wird. Das Denkmal könne »möglicherweise abgebaut werden«, heißt es in einer Pressemitteilung. Man wende sich gegen den Mythos von der »Wiedervereinigung« der »brüderlichen« Völker Russlands und der Ukraine, der nicht den historischen Realitäten entspreche. Mit diesem Narrativ rechtfertigt der russische Machthaber Wladimir Putin unter anderem seine Aggression gegen die Ukraine. Der Bogen soll an die Freundschaft zwischen den »Brudervölkern« der Ukrainer und Russen erinnern. Er wurde 1982 im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt eingeweiht.
18.04.2024	Der ukrainische Militärgeschichtsdienst (HUR) berichtet, bei einem Angriff auf einen russischen Militärflugplatz in Dschankoj auf der russisch besetzten Krim mehrere Einheiten russischer militärischer Ausrüstung zerstört zu haben.
18.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft den deutschen Vizekanzler Robert Habeck während seines Besuchs in Kyjiw zu Gesprächen über die ukrainische Luftverteidigung.
18.04.2024	Laut Bloomberg sind die russischen Deselexporte aufgrund der ukrainischen Drohnenangriffe auf russische Ölraffinerien zurückgegangen. In den zehn Tagen vor dem 13. April exportierte Russland rund 740.000 Barrel Rohöl pro Tag, was einem Rückgang von 25 % gegenüber dem gleichen Zeitraum der letzten vier Jahre entspricht. In den vergangenen Wochen griff die Ukraine gezielt russische Ölraffinerien an, um den Treibstoffnachschub für das russische Militär zu erschweren.
19.04.2024	Der deutsche Drohnenhersteller Quantum Systems eröffnet eine neue Drohnenfabrik und ein Entwicklungszentrum in der Ukraine, teilt das Unternehmen mit. Quantum Systems ist der Hersteller der modernen Vector-Aufklärungsdrohnen, von denen die Bundesregierung 212 Stück an die Ukraine geliefert hat. Das Werk ist der zweite Standort des Unternehmens in der Ukraine und soll die Produktionskapazität auf bis zu 1.000 Drohnen pro Jahr inklusive Ersatzteilerfertigung erhöhen. Bis Ende des Jahres könnten dort rund 100 Mitarbeiter:innen beschäftigt sein.
19.04.2024	Der Gouverneur der Region Donezk, Wadym Filaschkin, äußert sich zu den Schäden durch die russischen Angriffe in der Region Donezk. Seit Beginn der großangelegten Invasion der Ukraine im Februar 2022 wurden mindestens 116.000 Wohngebäude, darunter mehr als 7.000 Hochhäuser, in der Region Donezk durch russische Angriffe zerstört und beschädigt. Die Siedlungen im ostukrainischen Gebiet Donezk leiden aufgrund ihrer Nähe zur Frontlinie unter täglichen russischen Angriffen. Die schweren Kämpfe in der Region Donezk dauern an, da Russland versucht, die gesamte Region zu besetzen.
20.04.2024	Das US-Repräsentantenhaus verabschiedet nach monatelangem politischen Streit das Militärlieferpaket für die Ukraine, Israel und andere Verbündete. Das Lieferpaket sieht insgesamt 60,84 Milliarden US-Dollar (ca. 56,2 Milliarden Euro) für die Ukraine vor, wobei der Großteil in Form von Militärlieferungen erfolgen soll. Die ersten Lieferungen sollen umgehend in die Ukraine geliefert werden, wo es aktuell vor allem an Artilleriemunition fehlt. Das Paket hing mehrere Monate im Kongress fest, wo es von den Republikanern aus innenpolitischen Gründen verzögert wurde.
20.04.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dankt den USA für die Freigabe des US-Lieferpakets und erklärt, die Ukraine sei dankbar für jede Unterstützung seines Landes. Man werde die amerikanische Unterstützung nutzen, um beide Nationen, die USA und die Ukraine, zu stärken und diesem Krieg ein gerechtes Ende zu bereiten – einem Krieg, den der russische Machthaber Wladimir Putin verlieren müsse. Selenskyj fügt hinzu, dass die USA vom ersten Tag des Krieges an Führungsstärke bewiesen haben, was entscheidend sei für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung.
21.04.2024	Der ukrainische Marinesprecher Dmytro Pletentschuk erklärt, dass die ukrainische Marine im russisch besetzten Sewastopol ein russisches Schiff getroffen hat und bestätigt, dass es sich um das Bergungsschiff Kommuna handelt. Nach wiederholten erfolgreichen ukrainischen Angriffen hat Russland fast alle großen Schiffe seiner Schwarzmeerflotte aus den Häfen der Krim abgezogen.
21.04.2024	Das Institute for the Study of War (ISW) teilt mit, dass die Ukraine eine neue russische Sommeroffensive abwehren können wird, wenn die erwartete US-Militärlieferung umgehend eintrifft. Das ISW fordert, dass die erwartete US-Militärlieferung für die Ukraine schnell geliefert werden müsse, um die erwartete russische Offensive zu stoppen.
22.04.2024	Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher besucht die ukrainische Partnerstadt Kyjiw. In den sozialen Medien kündigt der Hamburger Senat an, dass die Unterstützung der Ukraine fortgesetzt werden soll und Hamburg fest an der Seite der Menschen in der Ukraine stehe. Tschentscher schreibt zudem auf X (ehemals Twitter), er wolle mit Kyjiws Bürgermeister Witali Klitschko über eine Unterstützung im Rahmen des »Paktes für Solidarität & Zukunft« sprechen. Kyjiw und Hamburg haben den Pakt im April 2022 unterzeichnet, um eine strategische Partnerschaft zu begründen und sich in Krisenzeiten gegenseitig zu unterstützen.

23.04.2024	Laut CNN soll sich ein Teil der am 20. April beschlossenen US-Militärhilfe für die Ukraine bereits in Polen und Deutschland befinden, so dass die Waffen in den kommenden Tagen und Wochen in die Ukraine und an die Front gelangen können.
23.04.2024	Die Ukraine setzt Konsular- und Passdienstleistungen für wehrfähige Männer im Ausland aus. Die ukrainischen Botschaften und Konsulate nehmen daher keine neuen Anträge auf konsularische Dienstleistungen für ukrainische Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren mehr an, »mit Ausnahme von Anträgen auf Registrierung von Personalausweisen für die Rückkehr in die Ukraine«. Die Aussetzung gelte nicht für Ukrainer, die sich im Ausland in einer Notsituation befinden, wie etwa bei Verkehrsunfällen oder Naturkatastrophen, so das Außenministerium. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba schreibt dazu auf X (ehemals Twitter), er habe »Maßnahmen zur Wiederherstellung einer fairen Behandlung von Männern im wehrpflichtigen Alter in der Ukraine und im Ausland« angeordnet. Dieser Schritt erfolgt eine Woche nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über die Mobilisierung der ukrainischen Streitkräfte, mit dem das Land seine Armee aufstocken will.
24.04.2024	Ukrainische Medien berichten, dass Drohnen des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) über Nacht zwei Öllager im russischen Gebiet Smolensk angegriffen und dabei 26.000 Kubikmeter Treibstoff zerstört haben sollen.
25.04.2024	Die New York Times berichtet, dass die USA in der vergangenen Woche heimlich mehr als 100 ATACMS-Langstreckenraketen an die Ukraine geliefert haben sollen, von denen einige sofort eingesetzt wurden. So soll der Angriff vom 18. April auf den Militärflugplatz in Dschankoj auf der von Russland annektierten Krim mit ATACMS-Raketen erfolgt sein.
25.04.2024	Die Militärverwaltung der Stadt Kyjiw gibt bekannt, dass mehr als 1.000 durch russische Angriffe beschädigte elektrische Anlagen repariert wurden. Dies entspricht 70 % der durch Drohnen und Raketen verursachten Schäden.
26.04.2024	Der ukrainische Militärgeschichtsdienst HUR hat nach eigenen Angaben einen massiven Cyberangriff auf die Online-Plattformen der russischen Regierungspartei »Einiges Russland« durchgeführt. Die Partei »Einiges Russland«, hatte zuvor erklärt, ihre elektronischen Dienste seien massiven DDoS-Angriffen ausgesetzt gewesen, doch die kritische digitale Infrastruktur sei weiterhin funktionsfähig gewesen. Eine HUR-Quelle bestätigt gegenüber dem Kyiv Independent, dass die Websites von »Einiges Russland« tatsächlich »teilweise unzugänglich« seien und dass der HUR hinter dem Angriff stecke.
26.04.2023	Der ukrainische Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskyj berichtet bei einem Treffen der US-geführten Ukraine-Kontaktgruppe über die zunehmende Verschlechterung der Lage an der Front. Zudem beklagt er, dass Russland weiterhin massive Luftangriffe auf die kritische Infrastruktur durchführen könne, da die Ukraine nicht über genügend Luftverteidigungskapazitäten verfüge.
27.04.2024	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat in der Nacht zum 27. April Drohnenangriffe auf zwei Ölraffinerien und einen Militärflugplatz in der russischen Region Krasnodar geflogen, teilt eine Quelle der Sicherheits- und Verteidigungskräften gegenüber dem Kyiv Independent mit.
28.04.2024	Der ukrainische Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskyj gibt bekannt, dass sich die ukrainischen Streitkräfte aus drei Dörfern im Gebiet Donezk zurückziehen. Die Dörfer befinden sich im Bezirk Pokrowsk im westlichen Teil der ukrainischen Oblast Donezk, einem der am heftigsten umkämpften Abschnitte der Frontlinie, wo Russland seine Offensive fortsetzt.
28.04.2024	Der private ukrainische Energiekonzern DTEK meldet, dass Russland seit Beginn der großangelegten Invasion fast 180 Mal Kraftwerke des Konzerns angegriffen hat. Russland hat in letzter Zeit seine Raketen- und Drohnenangriffe auf die kritische Infrastruktur der Ukraine intensiviert und am 22. März, 29. März, 11. April und 27. April massive gezielte Angriffe auf Energieanlagen im ganzen Land durchgeführt.
29.04.2024	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg trifft zu einem Überraschungsbesuch in Kyjiw ein. Bei seinem dritten Besuch in der Ukraine seit dem Beginn der großangelegten russischen Invasion sagt Stoltenberg, dass die fast siebenmonatige Verzögerung der US-Hilfe für Kyjiw »reale Konsequenzen« gehabt habe, die zu einer schwierigen Lage an der Front geführt habe. Aufgrund des Mangels an Artilleriegeschossen und Luftabwehrsystemen musste sich die Ukraine im Februar aus Awdjiwka zurückziehen und vor wenigen Tagen aus drei Siedlungen im Gebiet Donezk. Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte nach dem Treffen mit Stoltenberg, dass die engere Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO im Zentrum der Gespräche standen.
29.04.2024	Die polnischen Landwirt:innen beenden ihre Blockaden an der ukrainisch-polnischen Grenze endgültig. In den Monaten zuvor hatten sie wiederholt die Grenzen blockiert, um gegen ukrainische Getreideimporte zu protestieren, da diese die Marktpreise drücken und die polnischen Landwirt:innen in wirtschaftliche Bedrängnis bringen.

29.04.2024	Russland greift die südukrainische Hafenstadt Odesa aus der Luft an. Mindestens fünf Menschen sterben, rund 30 werden verletzt. Es stellt sich heraus, dass Russland dabei völkerrechtlich geächtete Streumunition eingesetzt hat, was der Generalstaatsanwalt der Ukraine Andrij Kostin scharf verurteilt: »Die Ermittler haben Grund zu der Annahme, dass die Entscheidung, eine solche Waffe einzusetzen, von russischen Militäroffizieren bewusst getroffen wurde, um so viele ukrainische Zivilisten wie möglich zu töten.«
30.04.2024	Die stellvertretende Premierministerin und Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration, Olha Stefanischyna, hat erklärt, dass es keine Zwangsrückführung ukrainischer Männer aus der EU in die Ukraine geben werde. Es werde keine »erzwungene Rückkehr ukrainischer Bürger jeden Geschlechts und Alters« in die Ukraine geben, so Stefanischyna gegenüber der Deutschen Welle. Seit die Ukraine ein neues Mobilisierungsgesetz verabschiedet und die Konsular- und Passdienstleistungen für wehrfähige Männer im Ausland ausgesetzt hat, gibt es eine verstärkte Debatte darüber, ob und wie Hunderttausende wehrfähige ukrainische Männer, die sich im Ausland aufhalten, in die Ukraine zurückgeholt und für die Armee mobilisiert werden können.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Maximilian Hartl
 Chronik: Lars Fernkorn
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>